



Parlamentssitzung 22. Mai 2017

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 22.25 Uhr

Vorsitz Andreas Lanz (BDP)

Anwesend Elena Ackermann (JGK)
Christina Aebischer (Grüne)
Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Beat Biedermann (BDP)
Adrian Burkhalter (SVP)
Heidi Eberhard (FDP)
Anton Eder (CVP)
Thomas Frey (BDP)
Katharina Gilgen-Studer (SVP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Bruno Ineichen (BDP)
Erica Kobel-Itten (FDP)
Hanspeter Kohler (FDP)
Hans Ulrich Kropf (BDP)
Bernhard Lauper (SVP)
Mike Lauper (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)
Cathrine Liechti (SP)

Ruedi Lüthi (SP)
Thomas Marti (GLP)
Heinz Nacht (SVP)
Katja Niederhauser-Streiff (EVP)
Astrid Nusch Zanger (SP)
Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Mathias Rickli (Grüne)
Christian Roth (SP)
Elisabeth Rüegsegger (SVP)
Bruno Schmucki (SP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Arlette Stauffer (SP)
Barbara Thür (GLP)
Werner Thut (SP)
Casimir von Arx (GLP)
Iris Widmer (Grüne)
Markus Willi (SP)
Bernhard Zaugg (EVP)
Reto Zbinden (SVP)

Entschuldigt Vanda Descombes (SP)

Gemeinderat Ueli Studer (SVP), Gemeindepräsi-
dent
Rita Haudenschild (Grüne), Vizeprä-
sidentin

Thomas Brönnimann (GLP)
Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 1. Mai 2017	135
2.	Kommissionsersatzwahlen.....	136
3.	Reglement über die Spezialfinanzierung „Zinsschwankungsreserve“	136
4.	1410 Postulat (SVP Köniz) "30 % der Baurechtszinsen für den Schuldenabbau"	140
5.	1624 Motion (Mitte-Fraktion) "Einführung des Instruments einer befristeten Steuererhöhung"	141
6.	1629 Motion (SVP) "Spezialfinanzierung für zusätzliche Abschreibungen"	145
7.	Thörishaus, Köhlerstrasse; Wasserleitungersatz mit Netzerweiterung	148
8.	0937 Postulat (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz"	149
9.	1423 Postulat (Mittefraktion CVP, EVP, GLP) "Zukunft Buslinie 10"	150
10.	1618 Motion (ParlamentarierInnen Schliern) "Zentrumsplanung Schliern - ganzheitlich!"	153
11.	1705 Interpellation (Mitte-Fraktion) "Integration von Flüchtlingen in der Gemeinde Köniz"	156
12.	Verschiedenes.....	159

Begrüssung

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung. Das Zitat für heute: „Die Schönheit der Dinge lebt in der Seele dessen, der sie betrachtet.“ Es kommt nicht darauf an, ob etwas wirklich schön ist, sondern ob unsere Seele dies als schön empfindet oder nicht.

Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Folgendes Rücktrittsschreiben hat mich erreicht: „Lieber Andreas, liebe Mitglieder des Gemeinderats, liebe Kolleginnen und Kollegen. Alles hat seine Zeit, auch die Zeit, die ich im Könizer Parlament erleben durfte, geht einmal zu Ende. Es ist für mich persönlich der richtige Zeitpunkt, per sofort aus dem Parlament auszutreten und mich auf diesem Weg von allen zu verabschieden. Ich habe in den insgesamt vier Jahren viel gelernt und spannende Diskussionen führen können. Ich danke allen für die angenehme Zusammenarbeit und wünsche weiterhin viel Spass bei der politischen Arbeit. Mit li(e)beralen Grüssen, Anita Moser.“

Hanspeter Kohler (FDP): Obwohl Anita Moser nicht mehr im Parlament ist, einige Worte zu ihrer Person: Anita Moser ist in jeder Hinsicht eine schnell entschlossene Person und so auch hier mit ihrem schnellen Rücktritt aus dem Parlament. Die FDP-Fraktion dankt Anita Moser für ihre Arbeit über die genannten vier Jahre in der FDP-Fraktion. Sie hat sich stets für die Belange von Wabern eingesetzt. Sie ist ein gutes Beispiel für ein Parlamentsmitglied, das jenen Ortsteil der Gemeinde Köniz vertritt, in welchem es wohnt. Mittels Vorstössen versuchte sie, die Bedürfnisse der Waberer Bevölkerung im Parlament einzubringen. Bildungsthemen, Kinderbetreuungsangebote waren stets Kernelemente von Anita Moser. Wir wünschen ihr alles Gute für ihre Zukunft, auch wenn diese nicht mehr eine politische – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt – sein wird. Ihr Engagement, das sie für Wabern hat, wird sie in Zukunft zweifellos weiterführen, auch ohne politisches Mandat. Vielen Dank, Anita Moser.

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Als neues Parlamentsmitglied dürfen wir Ronald Sonderegger begrüssen. Er wurde am 17. Mai 2017 durch den Gemeinderat gewählt. Ronald Sonderegger kann heute leider nicht von Beginn weg an der Parlamentssitzung teilnehmen, da er an der Kunstgewerbeschule Bern an einer sehr wichtigen Sitzung teilnehmen muss.

Geburtstag feiern durften seit der letzten Parlamentssitzung: Beat Haari, Reto Zbinden, Elena Ackermann und Mike Lauper. Wir gratulieren herzlich, wünschen alles Gute im neuen Lebensjahr und viel Kraft für alle Ihre Aufgaben.

Der Aktenversand der Parlamentsunterlagen fand am 27. April 2017 statt, der Nachversand des Protokolls der Parlamentssitzung vom 1. Mai 2017 am 11. Mai 2017.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 1. Mai 2017

Ruedi Lüthi (SP): Ich bitte um folgende Korrektur: Auf Seite 126 ist in meinem Votum der Satz „Genau betrachtet, müsste die Gemeinde Köniz ca. 5,2 Millionen Franken übernehmen“ wie folgt zu korrigieren: „Genau betrachtet, *müssten die Gemeinden Bern und Köniz* ca. 5,2 Millionen Franken übernehmen.“

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 1. Mai 2017 wird genehmigt.

2. Kommissionersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

3. Reglement über die Spezialfinanzierung „Zinsschwankungsreserve“ Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Ich bringe hier einen Hinweis auf die Reihenfolge der Traktandenliste an: Normalerweise werden an den Parlamentssitzungen zuerst alle Geschäfte des Gemeinderats beraten und danach die Vorstösse. Hier sind wir im Interesse der Sache etwas davon abgewichen und haben alle Vorstösse – die Traktanden 4, 5 und 6 –, die im Zusammenhang mit Traktandum 3 stehen, anschliessend traktandiert. Somit folgt in einem späteren Traktandum ein Geschäft des Gemeinderats.

Die Unterlagen zum Traktandum, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, sind Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht die Präsidentin der Finanzkommission, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament. Nach der Detailberatung folgt die Abstimmung.

Mit E-Mail vom 15. Mai 2017 sind sie informiert worden, dass Anträge zu diesem Geschäft schriftlich vorliegen müssen.

Präsidentin Finanzkommission Erica Kobel-Itten (FDP): Da es sich hier um ein Finanzgeschäft handelt, nimmt die Finanzkommission dazu Stellung.

Das Geschäft wurde an der Sitzung der Finanzkommission vom 8. Mai 2017 beraten. Ursprünglich wurde das Postulat 1410 „30 % der Baurechtszinsen für den Schuldenabbau“ eingereicht, welches die Grundlage dafür bildete, dass wir heute über das „Reglement über die Spezialfinanzierung Zinsschwankungsreserve“ beraten. Der Gemeinderat hat sich gegen das Instrument Zinsschwankungsreserve entschieden, wie auch gegen das obgenannte Postulat 1410 „30 % der Baurechtszinsen für den Schuldenabbau“.

In diesem Geschäft geht es um Folgendes: Weil die Gemeinde Köniz zurzeit relativ hohe Investitionskosten zu tätigen hat, fallen durch die notwendige Fremdaufnahme dieser Mittel, höhere Schuldzinsen an, die die Erfolgsrechnung belasten. Gleichzeitig wirft das Finanzvermögen einen Ertrag aus der Bewirtschaftung des Vermögens durch Baurechts- und Pachtzinse ab. Zurzeit ist dieser Ertrag höher als Passivzinsen für feste Schulden bezahlt werden müssen. Diese beiden Beträge sollen neu quasi einander gegenübergestellt werden und bei einem Mehrertrag kann die Spezialfinanzierung geäuft werden, bei einem Minderertrag erfolgt eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung. So weit so klar. Zurzeit würde dieses Verfahren erlauben, eine Äufnung der Spezialfinanzierung zu tätigen, d. h. es sind Erträge vorhanden. Nehmen die jährlichen Erträge jedoch ab und steigen die Passivzinsen, sind im Gegenzug Entnahmen aus der Spezialfinanzierung möglich.

Der wichtigste Punkt an diesem Mechanismus ist aus Sicht der Finanzkommission folgender: Die Einlagen bzw. Entnahmen sind jährlich zu budgetieren, damit sie anlässlich der Budgetdebatte diskutiert werden können. Die Finanzkommission liess sich diesen Mechanismus an ihrer Sitzung nochmals erklären. Wir liessen uns auch die ungefähre Höhe der Beträge erklären. Uns wurden Schätzungsbeträge genannt: Für 2017 könnten rund 360'000 Franken Ertrag einfließen und 2018 knapp 300'000 Franken.

Die Finanzkommission hat anlässlich ihrer Debatte die Vor- und Nachteile einer solchen Zinsschwankungsreserve diskutiert und ist dabei zum Schluss gelangt, dass die Vorteile klar überwiegen, auch wenn diese Mittel in einer Spezialfinanzierung gebunden sind. Positiver Aspekt ist primär, dass sichergestellt wird, dass die Erfolgsrechnung bei steigenden Zinsen nicht übermässig belastet wird, weil nötigenfalls entsprechende Mittel aus der Spezialfinanzierung geholt werden können. Ein zusätzlicher positiver Punkt ist: Es wird damit gerechnet, dass die Spezialfinanzierung in den nächsten drei bis fünf Jahren auf 1 Million Franken geäuft werden kann und damit ein Polster vorhanden wäre. Es macht demnach Sinn, eine solche Spezialfinanzierung zu äufnen. Ein weiterer positiver Punkt ist auch, dass alljährlich im Rahmen der Budgetdebatte neu diskutiert und darüber befunden werden soll, ob in die Spezialfinanzierung eingelegt oder daraus entnommen wird.

Die Diskussion in der Finanzkommission darüber dauerte nicht lange. Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament einstimmig bei 1 Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Parlamentspräsident Andreas Lanz hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne): Die Fraktion der Grünen tut sich schwer mit diesem Traktandum. Wir erachten die auf einer Viertelseite zusammengefassten Informationen für eine solche Spezialfinanzierung, die nirgendwo anders vorhanden ist, als mager und wenig aussagekräftig. Auch die Finanzstrategie beinhaltet keine vertiefte Auseinandersetzung mit dieser Art Spezialfinanzierung. Aus einer rein abstrakten Betrachtung der Finanzen erscheint eine solche Spezialfinanzierung grundsätzlich sinnvoll. Spätestens in der Zeit so hast du in der Not, so sagt der Volksmund und gemäss diesem Prinzip funktioniert diese Spezialfinanzierung. Genügt dies aber? Ist eine solche vereinfachte Sichtweise auf die Gemeindefinanzen zutreffend? Wir haben uns gefragt, ob die Situation eintreten könnte, dass eine mit mehreren Millionen Franken geäußerte Spezialfinanzierung vorhanden ist, daneben aber hoher Investitionsbedarf oder sogar eine finanzielle Notlage besteht, diese Kasse jedoch aufgrund der Zweckbindung nicht angerührt werden darf. Diese Spezialfinanzierung entzieht dem Gemeindehaushalt Mittel für die Erfüllung anderer wichtiger Aufgaben, die durch die Gemeinde an die Hand genommen werden sollten oder aufgrund übergeordneten Rechts an die Hand genommen werden müssen. Geld haben und es nicht brauchen können, ist eine widersinnige Situation und deshalb befürworten wir eine Deckelung der Einlage, die bei der Reserve für die Steuerteilung von juristischen Personen liegen würde, d. h. bei einem Steuerzehntel, was 6,5 Millionen Franken entspricht.

Wir stellen deshalb den Änderungsantrag, in Art. 2 neu Abs. 6 einzufügen: „Die Spezialfinanzierung wird bis maximal 6,5 Millionen Franken geäußert.“

Zugunsten des Reglements spricht aber, dass es immerhin die maximale Flexibilität beim Entscheid darüber bietet, ob eine Einlage vorgenommen werden soll oder nicht, da das Parlament jährlich darüber beschliessen muss. Uns interessieren jedoch die Tauglichkeit und die Nachhaltigkeit des Instruments. Wir fragen uns, wie es gewesen wäre, wenn dieses Instrument in den letzten 20 Jahren bereits existiert hätte. Wir liessen uns auf Nachfrage hin sagen, dass eine solche Einlage erst seit 2014 aufgrund der stark gesunkenen Zinssätze überhaupt möglich gewesen wäre. Sollten die Zinsen innert der nächsten zwei bis fünf Jahre wieder ansteigen – davon gehen die pessimistischen Finanzspezialisten offenbar aus – sind keine Einlagen mehr möglich. Das heisst, die zeitliche Reichweite dieses Instruments ist voraussichtlich sehr kurz und diese Kasse bereits bald wieder leer.

Man kann der Ansicht sein, dass dies nicht so schlimm ist und nicht sehr weh tut und man diesem Reglement durchaus zustimmen kann. Wir möchten jedoch nicht zu etwas zustimmen, das wenig Sinn macht und nicht mehr als ein Pflästerchen sein kann. Für einen solchen Murks können wir uns nicht begeistern.

Die Fraktion der Grünen wird dem Antrag des Gemeinderats grossmehrheitlich nicht zustimmen. Vielleicht werden heute noch flammende Voten aus dem Parlament gehalten, die uns überzeugen könnten.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Ich hoffe, dass mein Votum flammend genug ausfallen wird, um die Fraktion der Grünen überzeugen zu können, dem Reglement zuzustimmen.

Die SP-Fraktion begrüsst die Überlegungen des Gemeinderats in der Frage, wie auf die zweischneidige Situation tiefe Zinsen und steigende Schulden angemessen reagiert werden könnte. Die SP-Fraktion begrüsst die uns vorliegende Antwort, die eine mögliche Lösung für die doch vertrackte Situation und nicht ein Geschenk Gottes ist. Dies insbesondere, weil im Parlament 2016 keine Mehrheit für eine nachhaltigere Finanzierung unseres Steuer- und Investitionshaushalts gefunden werden konnte. Stattdessen werden aufgrund eines Aufgabenüberprüfungsprogramms die Gebühren für die Badeanlage Weiermatt erhöht oder Blechpolizisten ausgerüstet. Wir investieren nun halt auf Schulden und das geht zurzeit tatsächlich auf. Die Kehrseite ist jedoch klar: Wir leben mit dem nicht unbeträchtlichen Risiko, dass unser Finanzhaushalt aufgrund von steigenden Zinsen aus den Fugen gerät. Um dieses Risiko etwas abzufedern, macht es in den Augen der SP-Fraktion Sinn, eine solche Spezialfinanzierung zu schaffen, die das Risiko in einer Übergangsphase etwas abzufedern hilft. Ich stimme mit Iris Widmer überein, dass wir hier von einem kleineren Hilfsmittel sprechen und ich gehe auch davon aus, dass sich diese Mittel in einem überschaubaren Rahmen halten werden. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass für die Finanzierung von Schulhaussanierungen Fremdmittel aufgenommen werden.

Die Spezialfinanzierung lässt uns jedoch etwas Zeit für die Vornahme von notwendigen Korrekturen, wenn es darum gehen wird, Massnahmen aufzugleisen, bevor der Finanzhaushalt im Licht steigender Zinsen in Flammen aufgeht.

Es gibt immer wieder Stimmen, die bei einer Spezialfinanzierung den Warnfinger erheben und das sicher nicht ganz zu Unrecht, denn Spezialfinanzierungen müssen geäufnet werden und sie entziehen der Erfolgsrechnung Mittel. Diese Mittel müssen anderweitig eingespart werden. Dazu hat uns die Präsidentin der Finanzkommission gut aufgezeigt, über wieviel Geld wir in den nächsten zwei bis drei Jahren sprechen werden.

Daher ist es in den Augen der SP-Fraktion wichtig, dass wir uns gut überlegen, ob die Schaffung einer Spezialfinanzierung hier richtig ist. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass es richtig ist, das Risiko von Zinsschwankungen ernst zu nehmen, und mit einer Spezialfinanzierung aufzufangen. Damit können heute Mittel zweckgebunden zurückgelegt werden, die morgen bereit liegen, wenn die Zinsen ansteigen. Die Zinsen werden steigen, hier sind wir uns alle einig; niemand weiss aber wann.

Trotzdem lässt uns das vorliegende Reglement etwas Spielraum, indem anlässlich jeder Budgetdebatte darüber beraten werden kann, ob Einlagen getätigt werden oder nicht.

Die SP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Reglement gemäss dem Antrag des Gemeinderats zu. Zum Änderungsantrag der Fraktion der Grünen können wir noch nicht Stellung nehmen.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP): Heute sind einige Finanzgeschäfte traktandiert. Bei einigen der politischen Vorstösse wird unter anderem die Prüfung einer Spezialfinanzierung genannt. Welche Statements unsere Fraktion zu den Folgegeschäften abgeben wird, wird im Laufe der heutigen Sitzung klar.

Hier liegt uns nun das Reglement über die Spezialfinanzierung Zinsschwankungsreserve vor, die die Bildung von Reserven im Falle eines Anstiegs der Schuldzinsen zum Zweck hat. Das liegt durchaus im Bereich des Möglichen. Der Bericht des Gemeinderats und das kurze Regelwerk – in der Kürze liegt die Würze – liegen uns dazu vor. Wir sind zum Schluss gelangt, dass die FDP-Fraktion – wenn auch nicht enthusiastisch, aber doch achtbar – dazu ja sagen kann. Insbesondere auch deshalb, weil im Reglement festgehalten ist, dass das Parlament jährlich anlässlich der Budgetdebatte über die Möglichkeit verfügt, mit einem separaten Beschluss festzulegen, ob eine Einlage oder eine Entnahme vorgenommen werden soll. Somit bleibt der Handlungsspielraum für das Parlament bestehen.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu. Der Änderungsantrag der Fraktion der Grünen wird ebenso einstimmig abgelehnt.

Fraktionssprecher Hans Ulrich Kropf (BDP): Auch die BDP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Gemeinderat mit der Spezialfinanzierung Zinsschwankungsreserve die Zeichen der Zeit erkannt hat.

Aber: Damit wird die Problematik nicht gelöst, sondern es werden lediglich Symptome bekämpft und das Damoklesschwert hohe Zinsen schwebt trotzdem über uns. Wir müssen Fremdgeld abbauen, d. h. Schulden reduzieren. Nur so lässt sich das Zinsrisiko vermeiden. Die BDP-Fraktion ist hier der Ansicht: Das eine tun und das andere nicht lassen.

Demnach stimmen wir dem Reglement über die Spezialfinanzierung einer Zinsschwankungsreserve zu, obschon uns bewusst ist, dass die verwendbaren Mittel mehr als bescheiden sind.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für das vorgelegte Reglement über die Spezialfinanzierung Zinsschwankungsreserve. Dem Gemeinderat ist damit nicht gerade der grosse Wurf gelungen, sondern eine Minimassnahme auf dem Weg zum Schuldenabbau, und es ist auch nicht das dringendste Problem, das damit gelöst wird; immerhin aber etwas.

Die tiefen Zinse sind relativ lange abgesichert und deshalb werden wir nicht heute oder morgen von massiv steigenden Zinsen überrascht. Das Hauptproblem ist die massiv steigende Verschuldung der Gemeinde Köniz, die mit dem vorliegenden Reglement jedoch nicht gelöst wird. Dieses kann nur mit einem kontinuierlichen Schuldenabbau gelöst werden. Dafür sind jedoch positive Rechnungsergebnisse in der Erfolgsrechnung und wesentlich höhere Abschreibungen als zurzeit der Fall notwendig. Zudem lässt das vorliegende Reglement vieles offen: Einlagen in die Spezialfinanzierung können getätigt werden, das Parlament kann darüber jährlich beschliessen. Wenn es im Budget jedoch eng wird, werden wohl eher keine Einlagen getätigt.

Die SVP-Fraktion anerkennt, dass der Gemeinderat den Handlungsbedarf erkannt hat. Er sieht die Problematik der steigenden Verschuldung und dem daraus folgenden Zinsrisiko. Der als nächstes traktandierte Vorstoss, „30 % der Baurechtszinsen für den Schuldenabbau“ hätte dazu wesentlich mehr Fleisch am Knochen.

Der Gemeinderat will sich jedoch in seinem Handlungsspielraum – im Geld ausgeben – nicht zu stark einschränken lassen. Ich gehe jedoch davon aus, dass er dies in Zukunft jedoch müssen wird, weil die Probleme nicht allein mit einer Steuererhöhung gelöst werden können.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Reglement gemäss dem Antrag des Gemeinderats gleichwohl einstimmig zu. Das Votum war jedoch vielleicht nicht enthusiastisch genug, um die Fraktion der Grünen davon zu überzeugen. Der Änderungsantrag der Fraktion der Grünen wird von der SVP-Fraktion abgelehnt.

Fraktionssprecher Casimir von Arx (Mitte-Fraktion): Der Gemeinderat legt uns heute das Reglement über die Spezialfinanzierung Zinsschwankungsreserve vor, wie er dies anlässlich der Diskussion über die Finanzstrategie in Aussicht stellte. Das Auf und Ab des Zinsniveaus kann beträchtliche Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen haben. Mit der Zinsschwankungsreserve schlägt der Gemeinderat ein Instrument vor, mit dem durch das Parlament ein Puffer für die Abfederung von Zinsschwankungen eingerichtet werden kann. In guten Zeiten können Mittel zurückgelegt werden, die dann in schlechten Zeiten aufgelöst werden können. So weit so gut. Die Gemeinde Köniz übernimmt hier eine Vorreiterrolle und beweist ihre Innovationskraft, wie dies bereits in anderen Gebieten der Fall ist. Hier muss jedoch festgehalten werden: Dass andere Gemeinden nicht über dieses Instrument verfügen, liegt vielleicht auch daran, dass dieses, wie es der Gemeinderat nun vorschlägt, nur unter bestimmten Voraussetzungen funktioniert. In der Gemeinde Köniz bewegen sich die Passivzinsen aus den langfristigen Schulden und die Nettoerträge aus dem Finanzvermögen in einer ähnlichen Grössenordnung. Das ist kein Naturgesetz, sondern hat einen Zusammenhang mit den Könizer Finanzstrukturen. Es könnte auch anders sein: Wenn z. B. die beiden Beträge stark auseinanderdriften würden, d. h. wenn die Nettoerträge viel grösser wären als die Passivzinsen, würden nur Rückstellungen gebildet und das auch wenn die Zinsen etwas schwanken würden. Dann wäre es störend, wenn das Parlament immer nur entweder die ganze Differenz zwischen den Beträgen oder gar nichts zurückstellen kann, aber nicht nur einen Teil davon.

Positiv zu vermerken ist deshalb, dass es sich bei Art. 2 Abs. 4 um eine Kann-Regelung handelt, d. h. das Parlament kann situativ entscheiden, ob das Instrument angewendet oder darauf verzichtet werden soll. Wenn sich jedoch die Situation in der Gemeinde Köniz einmal ändert und die Nettoerträge und die Passivzinsen von ihrer Grösse her stark auseinanderdriften, müssen wir oder unsere Nachfolgenden dieses Instrument wahrscheinlich anpassen, damit es weiterhin nützlich sein wird. An dieser Stelle sei angemerkt, dass das Parlament bei seinem jährlichen Entscheid, ob es das Instrument anwenden will, nicht definitiv weiss, ob es Einlagen oder Entnahmen geben wird. Das ist definitiv erst nach Rechnungsschluss bekannt, auch wenn die Zinsen über einen Zeitraum von einem Jahr einigermaßen prognostiziert werden können.

In der Mitte-Fraktion gab folgende Frage Anlass zu intensiven Diskussionen: Wie gehört sind die quantitativen Auswirkungen der Zinsschwankungsreserve überschaubar. Im Vergleich zu den Grössenordnungen, die wir bei den Themen Steuern und Verschuldung diskutieren, ist die Zinsschwankungsreserve aktuell eher ein Werkzeug für das Feintuning. Wir fragen uns deshalb – ähnlich wie die Fraktion der Grünen – ob es angemessen ist, ein eigenes Reglement zu erlassen, wenn die Auswirkungen so bescheiden sind. Wir sind jedoch zum Schluss gelangt, dass auch ein kleiner Puffer nützlich sein kann und dass das Parlament mit diesem Instrument mehr Verantwortung für die Finanzpolitik der Gemeinde Köniz wahrnehmen kann.

Die Mitte-Fraktion wird deshalb dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Wir sind allerdings der Ansicht, dass die Einführung einer Zinsschwankungsreserve den Handlungsbedarf für die Könizer Finanzpolitik nicht wesentlich verringert. Aus unserer Sicht sind die nächsten Traktanden von grösserer Bedeutung.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Richtig ist die Feststellung, dass mit der Zinsschwankungsreserve das Finanzproblem und die Verschuldung der Gemeinde Köniz nicht gelöst wird. Das ist dem Gemeinderat klar. Der Gemeinderat hat jedoch in seiner Finanzstrategie bereits darüber diskutiert und er will dieses Instrument einsetzen. Ziel dieses Instruments ist die Schaffung eines kleinen Polsters, das – sollte die Zinsbelastung wieder grösser werden – damit nicht sofort die Erfolgsrechnung belastet werden muss und dem Gemeinderat genügend Zeit zur Verfügung stehen wird, entsprechende Massnahmen einzuleiten. In diesem Sinn danke ich Ihnen für die mehrheitlich gute Aufnahme unseres Antrags. Es ist ein kleines Zeichen, aber eines in die richtige Richtung.

Reto Zbinden trifft ein, somit sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend.

Detailberatung

Das Wort zur Detailberatung wird nicht ergriffen.

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion der Grünen wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen für Ablehnung. 13 Stimmen für Annahme.

Beschluss

Das Parlament beschliesst das Reglement über die Spezialfinanzierung „Zinsschwankungsreserve“ gemäss vorgelegtem Entwurf.

Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich.

4. 1410 Postulat (SVP Köniz) "30 % der Baurechtszinsen für den Schuldenabbau"

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Bernhard Lauper (SVP): Mit der Umwandlung unserer Motion in ein Postulat und der nun beschlossenen Zinsschwankungsreserve sind unserer Motion die wesentlichen Zähne gezogen worden, die ebenso die Äufnung einer Spezialfinanzierung gefordert hat, jedoch in einer schärferen Art und Weise: 30 Prozent der Baurechtszinseinnahmen hätten für die Äufnung der Spezialfinanzierung sorgen sollen, was rund 700'000 Franken entspricht.

Für die SVP-Fraktion ist es in diesem Sinn hinfällig, noch darüber zu diskutieren. Wir können der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung zustimmen.

Ich nehme – auch wenn es zum Teil nur für uns selber ist – eine Würdigung vor: Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Gemeinderat mit seiner Postulatsantwort einmal mehr deutlich macht, dass er nicht bereit ist, auf der Ausgabenseite gewisse Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Das wäre jedoch notwendig gewesen, um die Einnahmen aus den Baurechtszinsen – die in den letzten zwei, drei Jahren, seit der Verfassung unserer Motion, gestiegen sind – anstatt zu verkonsumieren, zweckgebunden einzusetzen. Nachdem nun die minimale Zweckbindung der bestehenden Mittel beschlossen ist, können wir den nächsten Geschäften entgegenschaue, die in unseren Augen den Nagel auf den Kopf treffen. Mit diesen kann versucht werden, auf der Einnahmenseite Mittel zu holen, wenn man nicht bereit ist, die Ausgabenseite zu verändern.

Die SVP-Fraktion stimmt der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung zu, auch wenn wir uns mit dem Bericht des Gemeinderats nicht explizit einverstanden erklären können. Eine Anmerkung: Es zeigt sich immer mehr, dass Handlungsbedarf vorhanden ist. Bei der Einreichung der Motion im Herbst 2014 war von 180 Millionen Franken langfristigen Schulden die Rede. Heute sprechen wir von mehr als 300 Millionen Franken und bekannt ist, dass noch gegen 100 Millionen Franken zusätzlich investiert werden müssen, um jenes zu bewältigen, das mit dem Wachstum in der Gemeinde Köniz ansteht. Lange Zeit wollte man dem Problem Verschuldung mit günstigen Zinsen im Kapitalmarkt oder mit der Analyse der Schuldensituation entgegenwirken. Mit der Annahme des Reglements über die Zinsschwankungsreserve oder überhaupt mit der Vorlage eines solchen Geschäfts, anerkennt der Gemeinderat wenigstens, dass ein minimaler Handlungsbedarf besteht. Die SVP-Fraktion hat den Handlungsbedarf bereits 2014 gesehen und hätte mit der Motion noch deutlicher entgegenwirken wollen.

Konzentrieren wir uns nun auf die beiden nächsten Geschäfte, wo es darum geht, auf der Einnahmenseite zu regulieren.

Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP): Mir scheint die Situation, dass die nächsten drei Vorstösse einzeln traktandiert sind, etwas schwierig, denn aufgrund der verschiedenen Querverweise war das Lesen der Vorlagen nicht einfach. Eine Anregung wäre, dass ähnliche Vorstösse in einem gemeinsamen Bericht abgehandelt werden könnten.

Die SP-Fraktion wird der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung des vorliegenden Vorstosses klar zustimmen. Ich halte hier fest, dass es aus Sicht der SP-Fraktion nicht Sinn macht, dass sich die Gemeinde selber ein noch engeres Korsett gibt, d. h. den finanziellen Spielraum weiter einschränkt. Im vorhergehenden Traktandum war es für mich interessant zu hören, wie die SVP-Fraktion auf ihren eigenen Finanzdirektor zielt und dies nicht unbedingt mit Samthandschuhen. Beim Zuhören des Votums schien mir der Eindruck zu entstehen, dass der Gemeinderat selber diese Schulden anhäuft.

Gemäss meinem Verständnis hat jedoch das Parlament zum Budget und den Ausgaben doch einiges zu sagen. Hier dem Gemeinderat die Schuld in die Schuhe schieben zu wollen, ist in meinen Augen nicht richtig. Für eine Zustimmung zu Ausgaben braucht es im Parlament Stimmen von beiden Seiten, von links und rechts.

Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne): Die Fraktion der Grünen stimmt dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung des Postulats zu.

Wir teilen die Auffassung, dass der Handlungsspielraum zu stark eingeschränkt würde. 30 Prozent der Einnahmen aus Baurechtszinsen würde jährlich 700'000 Franken bedeuten, was den Druck auf die Gemeindefinanzen substanziell erhöhen würde. Das würde auch die Entwicklung der Gemeinde beeinträchtigen und zu sehr einschränken. Auch bei mir entstand aufgrund des Votums der SVP-Fraktion der Eindruck, als würden Gemeinderat und Parlament frischfröhlich Geld zum Fenster hinauswerfen. Ich halte hier fest, dass dem nicht so ist, denn es gibt zahlreiche Aufgaben, die aufgrund übergeordneten Rechts erfüllt werden müssen. Drei Viertel des Budgets gehen regelmässig zulasten von übergeordneten Aufgaben. Nur über ein Viertel kann die Gemeinde freiwillig befinden und sie damit gestalten.

Aus der Postulatsantwort kommt zudem zum Ausdruck, dass die Verbesserung der Schulden-situation auch mit dem Zustandekommen des Instruments immer noch nicht vorhanden wäre.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Ich danke Annemarie Berlinger-Staub dafür, dass sie mich unterstützen wollte. Dass man jedoch auch von der eigenen Fraktion nicht immer mit Samthandschuhen angerührt wird, dass muss man als Gemeindepräsident aushalten können. Zur SVP-Fraktion: Anlässlich der Diskussion wurde klar ausgesagt, dass der Gemeinderat nur die Ausgabenseite betrachtet, sie nicht überwacht und nur ausgibt. Nehmen Sie Parlamentsmitglieder sich selber in die Pflicht, auch das Parlament gibt aus. Zudem wollte der Gemeinderat letztes Jahr die Einnahmenseite in den Griff bekommen und die Steuererhöhung wäre eine sinnvolle Massnahme gewesen. Das wurde von bürgerlicher Seite verhindert. Die Situation ist nun so und der Gemeinderat muss die Strategie ändern. Wir sind jedoch alle in der Pflicht, das Parlament wie auch der Gemeinderat.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

5. 1624 Motion (Mitte-Fraktion) "Einführung des Instruments einer befristeten Steuererhöhung"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Casimir von Arx (GLP): Das Thema Steuererhöhung wird wieder auf den Tisch kommen, das haben wir alle bereits letztes Jahr gesagt. Heute ist es nun so weit. Wir sprechen jedoch nicht darüber ob oder wann sie kommen wird, sondern wir sprechen über verschiedene Arten von Steuererhöhungen. Zuerst über befristete und dann über solche mit Zweckbindung.

Mit den beiden Instrumenten Befristung und Zweckbindung sind die Zeiten vorbei, als es nur 08/15-Steuererhöhungen gab. Mit der Überweisung der beiden Vorstösse der SVP-Fraktion wird die Möglichkeit von massgeschneiderten Steuererhöhungen geschaffen. Es liegen uns vier Varianten vor: Wie bisher, d. h. 08/15, befristet, zweckgebunden oder kombiniert. Diese Auswahl hilft uns, eine Steuererhöhung so zu designen wie es die Situation verlangt; immer vorausgesetzt, dass die Situation überhaupt eine Steuererhöhung verlangt. Wir wissen jedoch, dass dies bald einmal der Fall sein könnte.

Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort zur befristeten Steuererhöhung und dass Punkt 1 der Motion bereits erfüllt ist. In Punkt 1 der Motion geht es darum abzuklären, ob eine Befristung – so wie wir uns dies vorstellen – rechtlich zulässig ist und das wurde vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) bestätigt. Was ist eine befristete Steuererhöhung überhaupt? Wie geht solches nicht? Das Gemeindegesetz und die Gemeindeverordnung des Kantons Bern legen gewisse Rahmenbedingungen fest, wie mit dem Thema Steueranlage umzugehen ist. In der Gemeindeverordnung ist unter anderem festgehalten, dass das Budget und die Steueranlage gleichzeitig pro Jahr festzulegen sind. Diese Vorgabe ist sinnvoll, weil die Steuereinnahmen ohne Steueranlage nicht richtig budgetiert werden können und man ohne Budget nicht weiss, wofür die Mittel ausgegeben werden sollen.

Es wäre deshalb nun schwierig, wenn zum Zeitpunkt einer Steuererhöhung definitiv beschlossen würde, dass beispielsweise die Steuern fünf Jahre später wieder sinken. Dazu müsste das Budget von in fünf Jahren gleichzeitig verabschiedet werden. Es wäre jedoch nicht praktikabel und nicht unbedingt sinnvoll, die Steueranlage fünf Jahre im Voraus definitiv festzulegen. Es muss aus wichtigen Gründen Gelegenheit geben, auf diesen Entscheid zurückzukommen.

Aus diesen Gründen verlangt die Motion auch nicht, dass die Steueranlage Jahre im Voraus definitiv beschlossen wird, sondern sie schlägt ein anderes Modell vor: Wenn es zu einer Steuererhöhung kommt, kann bei der Abstimmung ein Zieljahr für die Steuersenkung genannt werden. Es wird das Ziel gesetzt, die Steuererhöhung ganz oder teilweise zu befristen. Sollte sich herausstellen, dass das Ziel aus gewichtigen Gründen nicht erreichbar ist, soll es möglich sein, die Frist zu verlängern oder die Befristung ganz oder teilweise aufzuheben. Nun kommt der springende Punkt: Die Verlängerung oder die Aufhebung kann nur durch jenes Organ beschlossen werden, das die befristete Steuererhöhung beschlossen hat: Durch die Stimmbevölkerung. Was ist der Unterschied zu heute? Das Parlament kann heute eine Steuererhöhung befristen, indem es nach einer Weile die Steueranlage wieder senkt. Das ist jedoch nicht verbindlich, sondern freiwillig. Was sind die heutigen Interventionsmöglichkeiten der Stimmbevölkerung? Die Stimmbevölkerung kann gegen eine vom Parlament vorgeschlagene Steuersenkung das Referendum ergreifen. Anders sieht es aus, wenn das Parlament die Steueranlage unverändert lässt. In diesem Fall ist der Entscheid abschliessend und Bevölkerungsgruppen, die sich beispielsweise daran stören, dass eine angekündigte Befristung nicht eingehalten worden ist, können nichts dagegen unternehmen. Das ist mit der vorliegenden Motion anders, sie ist im Hinblick auf die Zuständigkeiten, für eine Befristung, für eine allfällige Aufhebung oder eine teilweise Aufhebung, demokratisch korrekter als das bestehende Modell. Damit wird auch mehr Vertrauen geschaffen. Heute gibt es Befristungen nur als unverbindliche Zusagen und diese müssen ausserdem teilweise von anderen Politikerinnen und Politikern eingelöst werden. Das kann funktionieren, es ist jedoch vertrauensersweckender, wenn – wie in der Motion verlangt – ein Element der Verbindlichkeit hinzukommt. Last but not least: Mit der Aussicht, dass eine Abstimmung vorgenommen wird, falls die Befristung nicht eingehalten wird, erhält die Erreichung des Ziels, die Steuern wieder zu senken, einen höheren Stellenwert. Damit wird die Zielerreichung wahrscheinlicher. Falls das Ziel nicht erreicht wird, geschieht dies wahrscheinlich nur aus substanziellen Gründen, die das Parlament und der Gemeinderat der Stimmbevölkerung einleuchtend aufzeigen können.

Ich bitte Sie, die Motion erheblich zu erklären, damit wir das Instrument befristete Steuererhöhung einführen können. Der Gemeinderat hat dem AGR eine Idee vorgelegt, wie vorgegangen werden könnte: Es braucht dazu eine Änderung der Gemeindeordnung. Dieser Prozess würde eine Weile dauern, denn der Gemeinderat muss innerhalb von zwei Jahren einen Entwurf ausarbeiten, der dem Parlament vorgelegt werden muss. Das Parlament berät darüber und am Schluss entscheidet die Stimmbevölkerung, ob sie dieses Instrument will oder nicht. Für die Schaffung des Instruments befristete Steuererhöhung sind mehrere Jahre Vorlauf notwendig und wenn die Diskussionen über eine Steuererhöhung beginnen, das Instrument jedoch noch nicht vorhanden ist, ist es für eine Einführung meistens bereits zu spät.

Ich mache mir hier keine falschen Vorstellungen: Wenn die Motion heute erheblich erklärt wird, ist das Instrument möglicherweise nicht rechtzeitig bereit für die Abstimmung über jene Steuererhöhung, die sich in nächster Zeit abzeichnet. Das hängt wesentlich vom Gemeinderat ab und es ist zu wünschen, dass das Instrument bis dann vorliegen wird, weil die sich abzeichnende Steuererhöhung wesentlich durch vorübergehend erhöhte Investitionen begründet ist. Der Grund ist also befristet und deshalb könnte auch eine Steuererhöhung befristet sein.

Für die aktuelle Finanzsituation wird möglicherweise das Instrument Zweckbindung – über welches wir im nächsten Traktandum debattieren werden – rascher bereit sein. Das kann wahrscheinlich direkt im Parlament, somit ohne Volksabstimmung, beschlossen werden. Ob das in der Motion verlangte Instrument für die nächste Steuererhöhung eingeführt werden kann oder nicht, spielt heute eine untergeordnete Rolle. Das Ziel der Motion ist nicht nur, ein Instrument für heute zu schaffen, sondern auch für die Zukunft. Vielleicht werden spätere Politikergenerationen darauf zurückgreifen können.

Die Mitte-Fraktion bittet Sie, die Motion erheblich zu erklären, damit wir uns auf den Weg zur Einführung dieses Instruments machen können.

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): Das Ganze mag vielleicht gut durchdacht sein, es ist jedoch ziemlich theoretisch und intellektuell anspruchsvoll und recht kompliziert. Bereits heute stehen uns Instrumente zur Verfügung. Bereits für 2003 wurde die beantragte Erhöhung des Steuerfusses mit dem Versprechen, diesen wieder zu senken, durch die Stimmbevölkerung bewilligt. Der Zeitpunkt muss jedoch stimmen, auch wenn dies nur ein Zieljahr sein sollte.

Nach sieben Jahren wurde der Steuerfuss wieder gesenkt. Es funktioniert also. Dass dazu das Parlament etwas zu sagen hat, ist richtig, wie auch die Stimmbevölkerung zu einer allfälligen Steuererhöhung. Für die FDP-Fraktion ist alles bestens und – ich wiederhole mich hier – mit den bestehenden Instrumenten kann gearbeitet werden. Das in der Motion Geforderte ist unnötig, kompliziert und wir sehen hier auch keinen Mehrwert. Betreffend Zieljahr: Das bedeutet in unseren Augen halt doch „Glaskugel lesen“.

Die FDP-Fraktion will den Ball in dieser Sache generell flach halten. Würde der Vorstoss erheblich erklärt, ist die FDP-Fraktion der Ansicht, dass dann häufig um eine befristete Steuererhöhung diskutiert wird. Das wollen wir nicht, unsere Partei ist nicht für Steuererhöhungen.

Die FDP-Fraktion wird die Erheblicherklärung der Motion ablehnen.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Die BDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung der Motion zustimmen.

Ich verzichte hier nochmals auf die Gründe einzugehen, diese wurden bereits durch Casimir von Arx ausführlich beschrieben. Für die BDP-Fraktion macht es Sinn, dieses Instrument einsetzen zu können. Aus unserer Sicht handelt es sich um einen gangbaren Weg, zweckgebundene Gelder für beispielsweise den Schuldenabbau sicherzustellen. Wir sind uns auch bewusst, dass die Umsetzung – wie von Hanspeter Kohler erwähnt – nicht ganz einfach sein wird und nach aussen unter Umständen schwierig zu erklären ist. Das Ganze braucht, wie Casimir von Arx erwähnt hat, Zeit. Es ist jedoch wichtig, dass wir ein solches Instrument zur Verfügung haben.

Für die BDP-Fraktion ist Handlungsbedarf gegeben und sie stimmt deshalb der Erheblicherklärung der Motion zu.

Fraktionssprecherin Cathrine Liechti (SP): Wie vielleicht einigen von Ihnen bekannt ist, fand gestern im Kanton Luzern eine Abstimmung für eine Steuererhöhung statt, die jedoch deutlich abgelehnt worden ist. Es ist nicht klar, ob Grund dafür war, dass dies für die Regierung nicht bindend festhielt, dass die Steuern in zwei Jahren wieder gesenkt werden. Die SP-Fraktion sieht viel weniger das Misstrauen der Bevölkerung in die Regierung, dass sie die Steuern in zwei Jahren wieder senken werden, sondern als Gegenargument steht für die SP-Fraktion vielmehr im Vordergrund, dass die Stimmbevölkerung ein Misstrauen in die Finanzpolitik des Kantons Luzern – mit tiefen Unternehmenszinsen und vielen Sparmassnahmen – hegt.

Die Gemeinde Köniz ist eine sehr vielseitige Gemeinde und hat in den letzten Jahren immer wieder als Vorbild für andere Gemeinden gedient. Damit dem so bleibt, ist für die Gemeinde Köniz insbesondere eine langfristige und faire Finanzpolitik nötig. Die Möglichkeit einer befristeten Steuererhöhung schafft lediglich, dass Steuern ad hoc erhöht werden können und möglichst schnell wieder gesenkt werden. Das ist in den Augen der SP-Fraktion eine nicht faire Finanzplanung. Wie bereits von den Vorrednern erwähnt, kann auch bei einer sorgfältigen Planung nicht im Voraus prognostiziert werden, wann die Steuern wieder gesenkt werden können oder wie die finanzielle Lage der Gemeinde Köniz in fünf oder zehn Jahren aussehen wird. Somit liegt die Kompetenz die Steuern wieder zu senken, ganz zu Recht in der Hand des Parlaments. Die Prüfung des Steuerfusses ist somit Aufgabe des Parlaments. Schlussendlich scheint in unseren Augen die befristete Steuererhöhung nur dazu gut zu sein, der Stimmbevölkerung eine Steuererhöhung schmackhafter zu machen. Wie das Beispiel des Kantons Luzern unserer Ansicht nach jedoch aufzeigt, ist für eine Steuererhöhung das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und in die Finanzpolitik notwendig.

Aus diesen Gründen wird die SP-Fraktion die Erheblicherklärung der Motion ablehnen.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Die Fraktion der Grünen hielt Ende März eine Medienkonferenz ab, an welcher die inhaltlichen Ziele für die kommenden Jahre präsentiert worden sind. An diesem Anlass haben wir unsere Haltung zu den Finanzen kundgetan. Wir hielten fest, dass die Finanzen der Gemeinde Köniz besser sind als oft behauptet wird. Dies vor allem aufgrund der zusätzlichen Einwohnenden, d. h. der zusätzlichen Steuereinnahmen, die damit mittelfristig generiert werden und auch aufgrund der Neubewertung der Liegenschaften. In einem Nebensatz habe ich damals betont: Falls die Gemeinde Köniz aufgrund der zusätzlichen Investitionen von 60 Millionen Franken für Schulanlagen eine temporäre Steuererhöhung notwendig wäre, würden die Grünen dazu Hand bieten. Die Schlagzeile am 1. April 2017 im Bunde lautete: „Grüne wollen Steuern erhöhen.“ Wahrscheinlich kann der Bund-Journalist nichts für diese Schlagzeile, denn diese werden durch andere Mitarbeitende gesetzt. Im Text war die Aussage richtig wiedergegeben.

Die vorliegende Motion fordert genau das und dazu bieten wir weiterhin Hand.

Der Mechanismus ist aus unserer Sicht relativ einfach: Wenn das Parlament den Steuersatz bis im Jahr xy nicht von sich aus senkt, wird eine Volksabstimmung notwendig. Heute wurde mehrmals erwähnt, dass die Festlegung des Jahres schwierig sei. Es heisst jedoch: Bis dann muss das Parlament wieder freiwillig gesenkt haben und demnach könnte etwas Spielraum gegeben werden.

Die Fraktion der Grünen wird die Motion mehrheitlich erheblich erklären. Damit werden die Hürden gesenkt, dass eine Volksabstimmung über eine allfällige temporär befristete Steuererhöhung gewonnen werden könnte. Denn mit den anstehenden Investitionen in den nächsten Jahren kann eine temporäre Steuererhöhung gut erklärt werden.

Die Argumente des Gemeinderats gegen das Instrument sind aus unserer Sicht nicht sehr stichhaltig. Sollte eine Senkung im Jahr xy nicht möglich sein, muss dies dannzumal der Stimmbevölkerung erklärt werden. Ich bin der Ansicht, dass dann gute Gründe dafür vorhanden sein werden, die der Stimmbevölkerung erklärt werden können. Was ist so schlimm daran, wenn regelmässig über den Steuersatz diskutiert wird? Eine Volksabstimmung ist für jede Steuererhöhung notwendig, ob temporär oder definitiv. Das ist Hürde genug, dieses Instrument sehr sorgfältig einzusetzen. Mit dem Instrument temporäre Steuererhöhung wäre diese Hürde etwas weniger hoch.

Fraktionssprecher Bernhard Lauper (SVP): „Wenn kein Ende geplant ist, wird es auch keines geben.“ Am besten untermauern lässt sich diese These mit dem Argument des Gemeinderats gegen die Motion auf Seite 3: „2002 haben die Stimmberechtigten der Gemeinde Köniz einer Erhöhung der Steueranlage ab 2003 zugestimmt. Nach sieben Jahren wurde die Steuererhöhung durch das Parlament gesenkt und die Versprechungen betreffend Steuersenkung aus dem Jahr 2002 wurden eingehalten.“ Ein Teil der Steuererhöhung ist damals wieder gesenkt worden, nämlich 0,5 Steuerzehntel, nachdem die Steuern um einen ganzen Steuerzehntel erhöht worden sind.

Um sich vor Versprechungen schützen zu können – der damalige Gemeindepräsident war kein bürgerlicher – ist es gut, die Motion erheblich zu erklären.

Die SVP-Fraktion wird der Erheblicherklärung der Motion zustimmen. Wir verstehen diese nicht als Instrument für Steuererhöhungen, sondern als eines zur Regulierung von möglichen Steuererhöhungen. Solche würden jedoch sicher nicht durch unsere Fraktion beantragt.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Einführung eines Instruments, das befristete Steuererhöhungen möglich machen soll, das „zweite Wunder von Köniz“ ist, täuschen Sie sich meiner Ansicht nach.

Der Gemeinderat hat seine Stellungnahme zum Vorstoss abgegeben. Hanspeter Kohler hielt vorhin fest, dass die Motion eine intellektuelle Herausforderung sei, weil sie sehr komplex ist. Die Materie ist komplex. Unsere Abklärungen beim AGR haben ergeben, dass dieses Instrument zulässig ist und das wird vom Gemeinderat anerkannt. Der Gemeinderat zweifelt jedoch daran, dass bei einer allfälligen Steuererhöhung bereits festgehalten werden kann, wann die Steuern wieder gesenkt werden sollen. Das ist in unseren Augen die Stimmbevölkerung an der Nase herumgeführt. Schlussendlich vertreten hier 40 Parlamentsmitglieder die Könizer Bevölkerung. Der Könizer Bevölkerung – auch den neu Zuziehenden – ist der Steuerfuss nicht das wichtigste Argument. Zuerst will man wissen, ob die Schulen gut sind, wie die öV-Verbindungen oder ob die Anbindungen an nationale Strassen gut sind. Über die Steuern wird jedoch wenig geredet. Weshalb? In der Gemeinde Köniz herrschte bis anhin die Kultur, in Steuerfragen gegenüber der Bevölkerung verlässlich zu sein. Wenn Sie die Könizer Bevölkerung nun mit der Möglichkeit von befristeten Steuererhöhungen verunsichern wollen, stimmen Sie der Motion zu. Davon wird sich der Gemeinderat jedoch distanzieren. Der Gemeinderat will solches nicht. Er will die bis anhin herrschende Kultur weiterführen. Denn bis anhin wurden die Steuern stets wieder gesenkt, sobald es möglich war.

Ich bin aufgrund der Mehrheiten, die sich in meinen Augen herauskristallisieren, in meinem Votum emotional geworden. Ich bitte Sie jedoch an die Könizer Bevölkerung zu denken und ihr die Sicherheit zu geben und sie nicht zu verunsichern.

Ich bitte Sie über die Bücher zu gehen und gut zu überlegen, ob sie die Motion erheblich erklären wollen. Zudem halte ich fest: Die Einführung dieses Instruments dauert länger, denn dazu ist die Änderung der Gemeindeordnung notwendig. Und damit sind die Finanzprobleme der Gemeinde Köniz nicht gelöst.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen für Erheblicherklärung, 16 Stimmen dagegen.

6. 1629 Motion (SVP) "Spezialfinanzierung für zusätzliche Abschreibungen"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Kathrin Gilgen-Studer (SVP): wir bedanken uns beim Gemeinderat für die Beantwortung der vorliegenden Motion, möchten hier jedoch klar festhalten: Die SVP-Fraktion fordert mit dem Vorstoss keine Steuererhöhung.

Im letzten Herbst hat der Gemeinderat eine Steuererhöhung aufgrund der vielen anstehenden Investitionen beantragt. Uns fehlte die Garantie, dass der Mehrertrag auch zugunsten der Investitionen verwendet und nicht bereits mehrheitlich vorher in der Laufenden Rechnung ausgegeben wird. Wir wollen den gesamten Steuermehrertrag sichern und den Gemeinderat wie auch das Parlament dazu anhalten, bereits in der Budgetdebatte für eine ausgeglichene Rechnung zu sorgen. In der Antwort des Gemeinderats erscheint der Betrag von 3 Millionen Franken für zusätzliche Abschreibungen. Wir fordern mit unserer Motion aber keinen festen Betrag, sondern es soll der Steuermehrertrag einer zukünftig eventuell möglichen Steuererhöhung in diese Spezialfinanzierung fliessen. Das heisst: Wird in den nächsten Jahren seitens des Gemeinderats eine Steuererhöhung beantragt, soll die Spezialfinanzierung angewendet werden, damit die Mehreinnahmen für zusätzliche Abschreibungen genützt werden und somit die durch die notwendigen Investitionen entstehende Schuldsituation entlasten. Eine allfällige Steuererhöhung ohne solche flankierenden Massnahmen werden wir auch in Zukunft nicht unterstützen. Die Gefahr, dass diese Mittel in der Laufenden Rechnung verkonsumiert werden, ist allgegenwärtig. Mit unserem Vorschlag entstehen keine Konsumbegehrlichkeiten für die Mehreinnahmen aus einer Steuererhöhung, sondern wir tun etwas gegen die Schuldenwirtschaft. Jene Schuldenwirtschaft, die uns letzten Herbst hier im Saal von linker Seite vorgeworfen worden ist und wir aufgefordert worden sind, Lösungen vorzubringen. Hier ist unsere Lösung. Erfreulicherweise erkannte dies eine Mehrheit bereits bei der Einreichung der Motion und wir erwarten auch heute Abend wiederum die Unterstützung der Unterzeichnenden vom 19. September 2016; gerne auch von weiteren.

Die SVP-Fraktion erklärt sich mit der vom Gemeinderat beantragten Umwandlung in ein Postulat nicht einverstanden. Wir halten an der Motion fest und bitten Sie, diese erheblich zu erklären.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Offenbar ist in Bezug auf Spezialfinanzierungen ein Kulturwandel im Gang. Als ich neu Parlamentsmitglied war, ist – zumindest von den Bürgerlichen – jedwede Spezialfinanzierung konsequent abgelehnt worden. Man war damals der Ansicht, keine „Sonderkässeli“ führen zu wollen. Nun ist bereits ein solches Sonderkässeli angenommen worden und das zweite ist – vielleicht – am Entstehen.

Zuerst das Positive an der Motion: Wir waren der Ansicht, dass es die Einsicht der Motionäre sei, dass aufgrund des anstehenden Investitionsbedarfs eine temporäre Steuererhöhung notwendig sei. Nach dem Votum von Kathrin Gilgen-Studer zweifle ich jedoch daran. Positiv ist auch, dass die vorliegende Motion sicherstellen würde, dass der Gemeinderat, für den eine Steuererhöhung aufgrund der anstehenden Investitionen klar notwendig ist, beim Wort genommen wird.

Die Gemeindeverordnung legt jedoch ein sehr enges Korsett an die Gemeindefinanzen: Die Abschreibungen sind klar definiert und zusätzliche Abschreibungen können nur getätigt werden, wenn der Selbstfinanzierungsgrad unter 100 Prozent liegt und die Rechnung positiv abschliesst. Damit ist Folgendes konkret gemeint: Wenn der Steuerfuss um einen halben Zehntel erhöht wird, müssten ohne Spezialfinanzierung bei einem positiven Rechnungsabschluss mit einem Gewinn von 3,3 Millionen Franken, zwingend zusätzliche Abschreibungen getätigt werden, weil der Selbstfinanzierungsgrad unter 100 Prozent liegt. Mit der Spezialfinanzierung würde die Erfolgsrechnung mit einer schwarzen Null abschliessen und 3,3 Millionen Franken könnten als zusätzliche Abschreibungen getätigt werden. Es gibt eigentlich keinen Unterschied ausser anstelle eines Gewinns von 3,3 Millionen Franken eine schwarze Null in der Erfolgsrechnung. Damit wird der Druck auf die Verwaltung und das Parlament erhöht, nicht von der schwarzen Null in ein Minus zu fallen.

Wir sehen in der Geschichte aber auch Probleme: Ist das wirklich gesetzeskonform umsetzbar? Erstens ist in der Antwort des Gemeinderats aufgeführt, dass – wie im Vorstoss gefordert – keine fixen steuerfinanzierten Einlagen getätigt werden dürfen und die Mittel nur aus der Spezialfinanzierung entnommen werden dürfen, wenn der Selbstfinanzierungsgrad unter 100 Prozent liegt. Zweitens wollen wir Grünen nicht, dass immer und ewig bei jeder zukünftigen Steuererhöhung die Spezialfinanzierung zum Tragen kommt, sondern es kann durchaus auch Fälle geben, in welchen dies nicht sinnvoll ist.

Aus diesem Grund ist die Fraktion der Grünen hier etwas gespalten und wir warten für einen Entscheid die Diskussion ab.

Würde die SVP-Fraktion mit diesem Instrument bei einer Steuererhöhung tatsächlich mithelfen? Eine solche könnte – nach dem Entscheid zu Traktandum 6 – temporärer Art sein. Braucht es diesen Kontrollmechanismus tatsächlich oder ist die Gemeindeverordnung nicht bereits streng genug? Kann das Ganze gesetzeskonform umgesetzt werden oder müsste das Parlament nicht ohnehin – gesetzeskonform – von Jahr zu Jahr Einlagen beschliessen? Macht es Sinn, neben der Spezialfinanzierung Zinsschwankungsreserve gleichzeitig eine zusätzliche Spezialfinanzierung einzurichten, um Steuergelder quasi zu parkieren und die Erfolgsrechnung zu drücken?

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): Zu den „Sonderkässeli“: Die Bürgerlichen haben solche Sonderkässeli nicht wirklich gern. Das soll jedoch nicht heissen, dass in speziellen Situationen – wenn es zu einer Steuererhöhung kommen sollte, jedoch nicht wegen der FDP oder der SVP – ausnahmsweise davon Gebrauch gemacht werden kann, wenn es die Situation erfordert. Das soll nicht unmöglich sein, auch wenn wir dies nicht unbedingt gerne sehen. Weder die SVP- noch die FDP-Fraktion sind für Steuererhöhungen. Wir können dies jedoch nicht allein bestimmen. Wenn aber der Gemeinderat eine Steuererhöhung beantragt und die Stimmbevölkerung dieser zustimmt, ist es sehr sinnvoll, wenn – wie im Vorstoss gefordert – eine Möglichkeit zur Verfügung steht.

Mittels Motion wird der Druck erhöht und deshalb lehnen wir die vom Gemeinderat beantragte Umwandlung in ein Postulat ab. Das macht auch keinen Sinn, denn der Gemeinderat hält in der Antwort fest, dass anschliessend – sofern die Motion in ein Postulat umgewandelt wird – die rechtlichen Unklarheiten mit dem AGR bereinigt werden müssten. Der Vorstoss kann jedoch durchwegs als Motion erheblich erklärt werden. Nach der Erheblicherklärung muss ein entsprechendes Reglement ausgearbeitet werden. Es ist nicht auszuschliessen, dass dies möglich ist. Die FDP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung der Motion zu.

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Langsam aber sicher werde ich heute Abend immer verwirrter. Bürgerliche fordern Reglemente und Spezialfinanzierungen und Gemeindepräsident Ueli Studer hält Voten, die ebenso gut unseren Reihen entstammen könnten.

Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass diese Spezialfinanzierung nicht notwendig ist. Uns fehlt in der Motion einerseits das Vertrauen in den Gemeinderat und andererseits das Verständnis für HRM2. Hansueli Pestalozzi hat dies breit erklärt und für mich ist diese Spezialfinanzierung – weil wir bereits über Instrumente verfügen – ein weisser Schimmel.

Teile der SP-Fraktion hätten sich vorstellen können, den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären, gemäss dem Motto: Wenn dies helfen würde, helfen wir gerne. Der Erheblicherklärung als Motion können wir jedoch nicht zustimmen.

Fraktionssprecher Casimir von Arx (Mitte-Fraktion): Die vorliegende Motion bewegt sich im gleichen Kontext wie die unsere. Die Motion schlägt vor, den Mehrertrag aus einer allfälligen Steuererhöhung für zusätzliche Abschreibungen zweckzubinden. Das ist ein naheliegendes Konzept, wenn die Steuererhöhung auf Investitionen zurückgeht. Die Mitte-Fraktion unterstützt das Konzept und wird die Motion erheblich erklären.

Der Gemeinderat beantragt die Erheblicherklärung der Motion als Postulat. Er ist der Ansicht, dass noch rechtliche Unklarheiten vorhanden sind. Dem mag so sein, über Details werden wir darüber diskutieren, wenn es soweit sein wird. Der Gemeinderat erhält mit der Erheblicherklärung als Motion den Auftrag für die Ausarbeitung eines Reglements und wenn er dabei auf rechtliche Probleme stösst, können diese im Parlament bereinigt werden.

Der Gemeinderat deutet in seiner Antwort an – so verstehe ich es zumindest – dass er eventuell ein solches Reglement auch mit der Erheblicherklärung des Vorstosses als Postulat vorlegen würde. Der Unterschied zwischen Motion und Postulat liegt insbesondere in der Verbindlichkeit, was die Konsequenzen des Vorstosses angeht. Ich stelle gewisse Parallelen zu einer befristeten Steuererhöhung fest. Das Postulat ist bezogen auf die Konsequenzen weniger verbindlich und im vorliegenden Fall kommt hinzu, dass das angedeutete Versprechen – so habe ich es verstanden – von einem grösstenteils anderen Gemeinderat eingelöst werden müsste.

Die Mitte-Fraktion gewichtet in dieser Situation die Verbindlichkeit höher und stimmt der Erheblicherklärung der Motion zu.

Fraktionssprecher Beat Biedermann (BDP): Auch die BDP-Fraktion stimmt dem Antrag der SVP-Fraktion auf Erheblicherklärung der Motion zu.

Fraktionssprecher Bernhard Lauper (SVP): Ich verstehe die Verwirrtheit von Annemarie Berlinger-Staub. Diese beginnt jedoch bereits bei der Traktandenliste: Wenn von sechs traktandierten Vorstössen zwei von der SVP-Fraktion stammen, handelt es sich unsererseits um eine „Vorstossflut“.

Zum Votum von Hansueli Pestalozzi: Die 3,3 Millionen Franken – ein halber Steuerzehntel – werden nie als Erfolg ausgewiesen, wenn nichts getan wird. Das ist das Problem und deshalb haben wir letztes Jahr der vom Gemeinderat angedachten Steuererhöhung nicht zustimmen können. Wir geben hier keine Versprechungen ab, vielleicht steigern jedoch eine Befristung und eine Zweckbindung die Motivation der Stimmbevölkerung einer allfällig notwendigen Steuererhöhung zuzustimmen. Die Stimmbevölkerung will wissen, wofür und bis wann eine allfällige Steuererhöhung notwendig ist. Wir vermuten dies und deshalb stellen wir mit dem Vorstoss die entsprechenden Möglichkeiten zur Verfügung.

Christian Roth (SP): Ich erhebe hier, obschon das Abstimmungsergebnis bereits klar ist, den Warnfinger: Seien Sie sich bewusst, dass mit dem Vorstoss wiederum Mittel zweckgebunden werden. Ich befürchte, dass genau mit solchen Entscheiden die Attraktivität der Gemeinde Köniz, die primär aus einem guten Service und einem guten Angebot besteht, abgewürgt wird. Wir kratzen damit an der Attraktivität der Gemeinde Köniz. Ist das Instrument einmal eingeführt, werden wir feststellen müssen, dass plötzlich feste Punkte in der Erfolgsrechnung mit dem Ziel Schuldenabbau eingestellt werden müssen. Das ist mit dem Instrument zusätzliche Abschreibungen sicher richtig; wenn dies jedoch auf Kosten der Bewegungsfähigkeit der Gemeinde Köniz in Bezug auf den Service public geht, erweisen wir uns einen Bärendienst. Der Freiraum in der Erfolgsrechnung ist notwendig, um die Gemeinde Köniz weiterhin als attraktive Gemeinde positionieren zu können.

Ich werde die Motion ablehnen.

Ronald Sonderegger trifft ein, somit sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend.

Parlamentspräsident Andreas Lanz begrüsst Roland Sonderegger herzlich in den Reihen des Parlaments.

Stefan Lehmann (SVP): Eine Lektion in Buchhaltung: Schulden sind mit fremdem Geld finanziertes Vermögen. Schulden können nur abgebaut werden, wenn in der Erfolgsrechnung Ergebnisse erzielt werden, bei welchen nach der Verrechnung von Aufwand und Ertrag etwas übrig bleibt und damit Abschreibungen getätigt werden können und eventuell noch ein kleiner Gewinn ausgewiesen werden kann. In der Fachsprache wird dies cash flow oder erarbeitete Mittel genannt. Wie viel Verschuldung abgebaut werden kann, hängt somit vom cash flow ab. Mit HRM2 sind die Abschreibungsanforderungen massiv gesunken. So schreibt die Gemeinde Köniz heute 7 Millionen Franken weniger ab als unter HRM1, und diese Mittel sind bereits in die Laufende Rechnung eingeflossen und verschärft – neben den hohen Investitionen – den Schuldenanstieg. Deshalb sollte eine allfällige Steuererhöhung für den Schuldenabbau genützt werden. Nur mit Abschreibungen können Schulden abgebaut werden.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Zu den Schulden: Werden Schulden gemacht, ist dafür jeweils ein Gegenwert vorhanden. Der grösste Teil der Schulden, die wir hier beschlossen haben, haben einen hohen Gegenwert und zusätzlich können mit Baurechtszinsen oder tieferen zu bezahlenden Mietzinsen Gegenwerte generiert werden. Das erhöht zwar unsere Schulden, aber auch unsere Einnahmen. Es handelt sich sozusagen um ein Nullsummenspiel. Je grösser die Gemeinde wird desto höher werden die Schulden, aber auch der Gegenwert und die Einnahmen.

Zum geforderten Reglement: Das Hauptproblem für die Fraktion der Grünen ist, dass das Reglement nicht nur in der aktuell bestehenden Situation greift, da die Steuern aufgrund der zurzeit hohen Investitionen erhöht werden müssen. In der aktuellen Situation kann es allenfalls Sinn machen. Wird dem Reglement aber zugestimmt, bedeutet dies, dass auf alle Ewigkeit hin jede Steuererhöhung unter dieses fallen würde. Und das finden wir definitiv nicht sinnvoll und deshalb wird sich die Fraktion der Grünen eher gegen die Erheblicherklärung der Motion bewegen.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Auch wenn gemäss den nun gehaltenen Voten das Abstimmungsergebnis bereits bekannt ist, erlaube ich mir trotzdem einige Worte.

Sie fordern hier Instrumente, die in der nächsten Legislatur zum Zuge kommen werden. Einzelne hier im Saal werden mit diesen arbeiten müssen und werden dann eine Beurteilung darüber abgeben können, ob die Instrumente gut sind oder weniger gut. Ich halte hier fest:

Mit all diesen Instrumenten – dieser Überzeugung bin ich – können nicht alle Probleme gelöst werden. Wir werden im November anlässlich der Budgetdebatte nochmals darüber debattieren müssen. Auf diese Diskussion bin ich sehr gespannt.

Zum vorliegenden Vorstoss: Sie verlangen die Durchsetzung der Motion. Grundsätzlich genügen aber die bestehenden Gesetzgebungen, weil Gemeinden bei einem Ertragsüberschuss – auch mit Steuererhöhung – zusätzliche Abschreibungen vornehmen müssen. Mit dem Reglement aber müsste die Gemeinde Köniz auch dann Einlagen in die Spezialfinanzierung tätigen, wenn der Ertragsüberschuss kleiner oder sogar negativ ist. Das erhöht den Druck. Genau das will man mit dieser Motion.

Die Mittel für die Einlage in diese Spezialfinanzierung müssen dem Eigenkapital entnommen werden und somit wird dieses schrumpfen. Wenn aufgrund eines Defizits zu wenig Mittel vorhanden sind, muss die Einlage in die Spezialfinanzierung dem Eigenkapital entnommen werden. Auf der anderen Seite wird eine Spezialfinanzierung geöffnet sein und das stimmt in meinen Augen im Verhältnis nicht.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass dieses Instrument nicht notwendig ist, weil dies mit HRM2 genügend geregelt ist. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, der Erheblicherklärung als Postulat zuzustimmen. Man wird jedoch sehen, was die Abstimmung bringt. Ausbaden müssen wird dies jedoch die nächste Generation.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen für Erheblicherklärung, 14 Stimmen für Ablehnung.

7. Thörishaus, Köhlerstrasse; Wasserleitungersatz mit Netzerweiterung

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Die Unterlagen zum Traktandum, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, sind Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und die Abstimmung.

GPK-Referent Ruedi Lüthi (SP): Das Anliegen muss dem Parlament vorgelegt werden, da es sich um eine Netzerweiterung handelt und nicht nur um einen Ersatz von Wasserleitungen oder um Unterhaltsarbeiten. Weiter ist zu beachten, dass die öffentliche Wasserversorgung inklusive Hydranten-Löschschutz eine verbindliche Gemeindeaufgabe ist, deren Finanzierung über Gebühren in eine Spezialfinanzierung erfolgt.

Im Wangental ist die Realisierung einer durchgehenden Parallelleitung vorgesehen, damit bei einem allfälligen Leitungsdefekt nicht mehrere Ortsteile vom Wasser abgetrennt werden. Die Köhlerstrasse verfügt noch über keine Parallelleitung. Damit der Löschschutz den Vorschriften entspricht, muss eine Netzwerkerweiterung von 65 Metern vorgenommen werden. Zudem stammt die bestehende Wasserleitung aus dem Jahr 1962, es handelt sich somit um eine Leitung mit höchster Sanierungspriorität.

Die Gemeinde Köniz hat kurzfristig erfahren, dass die Eigentümer die Köhlerstrasse sanieren wollen und deshalb entschloss sich der Gemeinderat, dass die notwendigen Wasserleitungserneuerungen und –erweiterungen zugleich durchgeführt werden sollen. Die Eigentümer warten nun mit der Sanierung des Deckbelags, bis die Leitungssanierungen durch die Gemeinde durchgeführt worden sind. Die Gemeinde Köniz kann damit Kosten sparen. Wenn die Wasserleitungen saniert sind, passieren weniger Defekte, bei welchen sonst der neu sanierte Deckbelag stets wieder aufgerissen werden müsste.

Im aktuellen Investitionsplan 2017 sind keine Mittel dafür eingestellt, er kann jedoch durch Verzögerungen bei anderen Sanierungen kompensiert werden. Es handelt sich um eine Win-Win-Situation für die Gemeinde und für die Eigentümer der Köhlerstrasse.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Ich spreche hier zugleich im Namen der SP-Fraktion: Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen, da es sinnvoll ist, Kosten dort einzusparen wo es möglich ist.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich beantworte hier noch eine Frage, die anlässlich der GPK-Sitzung gestellt worden ist, die ich durch unsere Fachpersonen abklären lassen musste.

Ich wurde gefragt, ob es sich um das letzte Wasserleitungsstück im Wangental handle, das noch über keine Parallelleitung verfügt. Gemäss Angaben der Fachpersonen handelt es sich nicht um das letzte Teilstück ohne Parallelleitung, sondern es gibt noch zwei kleine Teilstücke in Thörishaus. Das eine ist 370 Meter lang und das andere 200 Meter. Diese beiden Stücke sind zur Sanierung und der Führung einer Parallelleitung vorgesehen, wenn die Freiburgstrasse durch den Kanton saniert wird.

Parlamentspräsident Andreas Lanz hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Beschluss

Für den Wasserleitungersatz mit Netzerweiterung Köhlerstrasse, Thörishaus, wird ein Kredit von CHF 440'000.00 (exkl. MWST) zu Lasten Investitionsrechnung Konto Nr. 5550.5031.4750, Spezialfinanzierung Wasser, bewilligt.
Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

8. 0937 Postulat (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz" Abschreibung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Elisabeth Rüeegsegger (SVP): „Was lange währt, wird endlich gut.“ Lange hat es gedauert, ganze siebeneinhalb Jahre lang. Eingereicht wurde die Motion am 9. November 2009. Genau vor 7 Jahren wurde sie durch das Parlament als Postulat erheblich erklärt. Ein Postulat, das am 18. August 2014 durch den Gemeinderat zur Abschreibung beantragt worden ist. Diese beantragte Abschreibung wurde jedoch vom Parlament mit grossem Mehr abgelehnt, weil damals noch nichts Konkretes über die Zukunft des Schlossareals auf dem Tisch lag.

Heute ist dies anders: Mit dem Kauf eines Teils des Ritterhuus ist der Platzbedarf der Musikschule gesichert. Die Schlossschür wird von verschiedenen Kulturschaffenden genutzt und geschätzt und dient als Schlechtwetteroption von Veranstaltungen, die im Schlosshof stattfinden.

Das ist alles gut und recht, anders sieht es jedoch für die Musikvereine in der oberen Gemeinde aus, die weiter – wie in Mittelhäusern – neben der Tierkörpersammelstelle in einer Baubaracke proben müssen.

Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Bemühungen und wird der von ihm beantragten Abschreibung des Postulats einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP): Das ist nun jenes Postulat, zu welchem sich Gemeinderat Urs Wilk 2014 dahingehend äusserte, dass es nun so vor sich hin floate, wenn es nicht durch das Parlament abgeschrieben werde.

Nun ist der Bericht des Gemeinderats im sicheren Parlamentshafen gelandet und deshalb kann das Postulat abgeschrieben werden.

Aus der Sicht der SP-Fraktion kann das Postulat abgeschrieben werden. Dies jedoch nicht, weil der Auftrag erfüllt worden wäre, sondern weil die Umstände heute anders sind. Die Musikschule wird zwar im Ritterhuus einziehen, es entsteht somit so etwas wie ein musikalisches Zentrum im Schlossareal. Der Vorstoss verlangte seinerzeit keine Verwaltungsräumlichkeiten für die Musikschule, sondern Räumlichkeiten für die Musizierenden. Wie Elisabeth Rüeegsegger vorhin ange-tönt hat, finden die Musikvereine keinen Platz im Schlossareal.

Die SP-Fraktion wird der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung zustimmen.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.
Abstimmungsergebnis: Einstimmig

9. 1423 Postulat (Mittefraktion CVP, EVP, GLP) "Zukunft Buslinie 10"

Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

Toni Eder (EVP): Es ist eine schwierige Sache: Der Gemeinderat ist arm dran und ich habe sehr grosses Bedauern. Weshalb ist klar, denn im Fazit im Bericht des Gemeinderats steht geschrieben: „Das vorliegende Postulat ist mit dem Bericht ‚Buslinie 10 Köniz-Bern-Ostermundigen, Angebotskonzept 2018-2012‘ nur teilweise erfüllt. Der mittelfristige Ausblick, insbesondere die Thematik zu den Doppelgelenkbussen, fehlt.“ Die Abschreibung wird jedoch trotzdem beantragt. Bei der Ausgangslage ist festgehalten: „Die Erarbeitung von Planungen zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist gemäss Gesetz über den öffentlichen Verkehr den Regionalkonferenzen übertragen.“ Zuerst scheint man nicht zuständig zu sein, der Moloch Regionalkonferenz macht was er will und die Gemeinde kann gar nichts dazu beitragen. Zudem ist alles pendent und der Bericht gibt keine Antwort. Man möchte trotzdem aufräumen und die Pendenzen erledigen. Da bleibt nichts anderes als Bedauern haben und das Parlament hat Bedauern mit dem Gemeinderat.

Inzwischen hat sich jedoch einiges bewegt in Bezug auf das System Trolleybusse. Ich habe damals bereits erwähnt, dass man ein Trolleybussystem oder ein ähnliches System prüfen sollte. Nun fahren in der Stadt Genf so genannte „Tosa-Busse“, die an den Haltestellen in jeweils 10 bis 20 Sekunden den grössten Teil der Batterie jeweils wieder aufladen, indem über eine Andock-Vorrichtung auf dem Dach Strom bezogen werden kann. In der Stadt Luzern fahren Doppelgelenk-Elektrobusse auf längeren Linien. In der Stadt Zürich wird ein neues Konzept getestet: Die Trolleybusse müssen nicht dauernd mit einer Fahrleitung verbunden sein, sondern die Stromabnehmer können an schwierigen Punkten, wie beispielsweise grossen Kreuzungen, von der Fahrleitung getrennt werden. Aus all diesen Möglichkeiten sollte doch eine Lösung für Köniz gefunden werden. Grosser Knackpunkt ist jedoch immer noch die relativ steile und lange Steigung nach Schliern. Dafür sollten jedoch Lösungsmöglichkeiten vorhanden sein.

Es hätte mir besser in den Kram gepasst, hätte der Gemeinderat nicht die Abschreibung des Postulats beantragt. Ich bin enttäuscht darüber, dass nichts geht. Ich erachte auch das Schreiben nach Gesamtkonzepten, usw. – die dann trotzdem nicht vorgelegt werden und in der Umsetzung kompliziert sind – als nicht sehr zielführend.

Ich komme zum Anfang zurück: Wenn ich den Gemeinderat in seiner Not sehe, bleibt wohl nichts anderes übrig, als der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung zuzustimmen.

Fraktionssprecher Ruedi Lüthi (SP): Die SP-Fraktion begrüsst, dass neue moderne öV-Systeme geprüft werden. Wir sollten uns jedoch nicht immer im Kreis herum drehen, denn Trolleybusse wurden bereits geprüft und Resultat war, dass diese Schwierigkeiten haben, die Steigung nach Schliern zu bewältigen. Es kann sein, dass dies heute anders aussieht. Die Gemeinde wird 2018 auf der Linie 17 einen Pilotversuch mit einem modernen System durchführen, das keine Fahrleitungen mehr notwendig macht, sondern es handelt sich um Elektrobusse. Wir warten gespannt auf die Resultate. Auch ist es unserer Ansicht nach richtig, die in Aussicht gestellte Studie, die durch die Regionalkonferenz erstellt werden soll, abzuwarten. Auch der Bericht zur Richtlinienmotion 1609 „Mittelfristige Verkehrslösung auf der Strecke Bern-Bahnhof-Schliern“, der im ersten Halbjahr 2017 vorliegen sollte, soll abgewartet werden.

Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung des Postulats zustimmen.

Die Antwort des Gemeinderats erstaunt aber auch die SP-Fraktion. Dies vor allem in Bezug auf die Aussage, dass er über keine Kompetenzen verfüge. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass in der Regionalkonferenz die Exekutivmitglieder der Gemeinden vertreten sind und die Gemeinde Köniz dort in allen Kommissionen vertreten ist. Eine Motion im Grossen Rat des Kantons Bern zu diesem Thema ist von drei Gemeinderatsmitglieder unserer Gemeinde eingereicht worden. Dass diese Motion überhaupt eingereicht worden ist, erstaunt mich, denn der Regierungsrat hielt fest, dass er die falsche Adresse sei, da solche Anträge an die Regionalkonferenz einzureichen sind. Deshalb ist es nicht sehr erstaunlich, wenn die Gemeinderäte nicht genau wissen, wer zuständig ist. Man hinkt darum bei den Verkehrsangeboten hintennach. Zu beachten ist auch, dass Köniz und Liebefeld zudem mit einer Bahnlinie erschlossen sind, die Züge verkehren leider aber nur jede halbe Stunde. In der Antwort des Gemeinderats, in welcher auch die Antwort des Regierungsrats wiedergegeben ist, ist zu lesen, dass für einen Viertelstundentakt auch der Doppelspurausbau im Bereich Waldegg-Köniz erforderlich sei. In der Antwort des Regierungsrats ist nichts davon enthalten. Auch vonseiten der BLS wurde mehrmals erwähnt, dass dieser nicht notwendig ist. Auch der Rückbau der S6 nach Schwarzenburg ist für den Regierungsrat eine schlechte Lösung.

Interessant ist jedoch, dass der Regierungsrat nun plötzlich die Möglichkeiten von Tramvarianten und unterirdischen Verlängerungen der RBS-Linien in den Süden von Bern sieht. BERNMOBIL will prüfen, ob nicht doch Trams mit zwei Führerständen eine Lösung sein könnte, mit denen auf unerwünschte Wendeschlaufen verzichtet werden könnte. In Genf sind die Tramlinien nicht mit Wendeschlaufen versehen, auch nicht bei den Neubaustrecken. Wieso soll solches nicht auch in Bern möglich sein? Eine solche Tramlinie könnte beispielsweise etappiert realisiert werden, z. B. zuerst ins Liebefeld, dann nach Köniz-Brühlplatz. Ab Schliern könnten immer noch Busse nach Bern verkehren, vielleicht nicht mehr im 2-Minutentakt, aber in einem 7- oder 10-Minutentakt. Das Zentrum Köniz würde damit erst noch vom dichten Busverkehr entlastet. Nebenbei bemerkt: Die Kühe müssten nicht mehr mit dem Tram fahren.

Prüfen wir doch neue Möglichkeiten und fordern nicht immer wieder dieselben Analysen und die Prüfung von veralteten öV-Systemen. Wir brauchen Innovationen, neue Lösungen, die in absehbarer Zeit umsetzbar und finanzierbar sind.

Ich hoffe, dass der Gemeinderat veranlasst, dass solche – von mir eben erwähnten – Varianten in die Studie der RKBM einfließen werden. Für neue Varianten ist nicht immer ein Vorstoss notwendig, vielleicht kann uns Gemeinderätin Katrin Sedlmayer – die Einsitz in der RKBM hat – kurz informieren, ob solche Lösungsvarianten tatsächlich in die Studie einfließen.

Fraktionssprecher Adrian Burkhalter (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung des Postulats zustimmen.

Viele sind der Ansicht, dass die Buslinie 10 nach Schliern aufgrund der Fahrzeiten und der Anzahl Passagiere ein Problem ist. Diese Feststellung ist richtig. Wir sind jedoch auch der Ansicht, dass nun die Beschlüsse der RKBM abgewartet werden sollen. Wir sind zudem der Ansicht, dass die RKBM nach deren Beschlüssen beim Wort genommen werden soll. Wir als Gemeinde können nur Anstösse geben, es kann nichts erzwungen werden, auch BERNMOBIL kann in Bezug auf die Wahl der Fahrzeuge nur Vorschläge anbringen. Auch wir konnten den Medien entnehmen, dass BERNMOBIL die Möglichkeit des Einsatzes von Trams mit zwei Führerständen sieht. Hier muss Ihnen jedoch klar sein, dass BERNMOBIL ihr gesamtes Tramliniennetz auf Wendeschlaufen ausgelegt hat. Das heisst, dass auch für die alten Tramlinien neue Fahrzeuge beschafft werden müssten, denn ich glaube nicht, dass nur für eine Tramlinie Fahrzeuge mit zwei Führerständen angeschafft werden.

Die SVP-Fraktion ist auch der Ansicht, dass die S6 nach Schwarzenburg bis nach Köniz auf Doppelspur ausgebaut werden soll und dort Bahnübergänge liquidiert werden sollten. Auch das wäre wichtig.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Die Übergangsmassnahmen, die durch die RKBM für die Buslinie 10 beschlossen worden sind, zeigen, dass es kaum möglich ist, das aktuelle und vor allem das zukünftige Passagieraufkommen mit den heute auf der Buslinie 10 verkehrenden Bussen abzudecken. Geplant ist nun ein Flickwerk mit einem „Hinke-Takt“, d. h. ein vom Schloss Köniz wegfahrender Bus fährt voraus und lädt Passagiere auf. Hinter diesem Bus fährt ein voller Bus aus Schliern. Ob dies funktionieren wird, zeigt sich dann, wenn das System in Kraft ist. Es handelt sich aus unserer Sicht jedoch um ein Flickwerk.

Zur Lösung mit Doppelgelenkbussen hegen wir nach wie vor Vorbehalte, vor allem in Bezug auf die Velos. Überholt man als Velofahrender einen solch langen Bus¹, kann dies sehr gefährlich werden. Beim Tram ist klar, wo es fährt. Zudem verlangen die längeren Busse Investitionen in die Haltestellen, die alle verlängert werden müssten. Gleichzeitig müssten die Haltestellen auch behindertengerecht ausgebaut werden, wobei dies ohnehin bis 2023 realisiert sein muss. Hinzu kämen noch Investitionen für Oberleitungen oder Elektroladestationen hinzu.

Auf jeden Fall wartet die Fraktion der Grünen gespannt auf den Bericht des Gemeinderats zu dieser Thematik.

Wir erklären uns mit der im Bericht des Gemeinderats zitierten Haltung des Regierungsrats nicht einverstanden. Er setzte ursprünglich auf die Variante S + T, d. h. S-Bahn und Tram. Die Tramlinie 10 wurde von der Könizer Stimmbevölkerung abgelehnt und deshalb setzt der Regierungsrat nur noch auf die S-Bahn. Dies obwohl aus der Zweckmässigkeitsstudie von 2008 ersichtlich ist, dass eine Verlängerung der RBS deutliche Vorteile hätte. Sie alle im Saal haben die Richtlinienmotion 1611 „Metro Bern² Süd - Verlängerung der RBS-Linie nach Köniz – Schwarzenburg“ mitunterzeichnet und tragen alle mit, dass diese Möglichkeit geprüft wird. Dies weil sie viele Vorteile hat: Mit der S-Bahn können sehr viele Passagiere transportiert werden und es besteht die Möglichkeit eines 7,5-Minuten-Takts. Aus dieser Sicht würde es sich um eine

¹ An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

² An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

echte Alternative zur Buslinie handeln. Das Argument, dass dieselben Haltestationen bedient werden, stimmt nicht. Bei einer allfälligen Verlängerung der RBS-Linie würde beim Inselspital eine zusätzliche Haltestelle realisiert.

Ausserdem würde eine direkte Durchbindung nach Norden vorhanden sein. Die Variante Verlängerung der RBS-Linie wurde damals aufgrund der hohen Kosten nicht weiterverfolgt. In diesen Kosten ist jedoch die Realisierung des Tiefbahnhofs miteingerechnet, der nun ohnehin realisiert wird; der Baustart erfolgte vor kurzem.

Hier ist der Gemeinderat weiterhin gefordert, ein Lobbying für die Metro Nord-Süd aufzuziehen und einen Bericht zu fordern, ob auf einen Doppelspurausbau oder auf eine RBS-Verlängerung gesetzt werden soll. Beides zusammen macht keinen Sinn. Die Stadt Bern hat offene Ohren für ein Lobbying. Stadtpräsident Alec von Graffenreid hielt öffentlich fest, dass eine solche Lösung unterstützt würde. Auch die Gemeinden im Norden von Bern sind für eine solche Lösung zu haben.

Mit einer Verlängerung der RBS-Linie hätte man im Bahnhof Köniz einen guten Verkehrsknoten: Die Buslinie 10 würde als Zubringer zum Bahnhof Köniz genützt und die Umsteigemöglichkeiten würden sicher von vielen öV-Fahrenden benützt. Damit wäre das Problem auf der Buslinie 10 gelöst.

Die Fraktion der Grünen stimmt der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung zu.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Die BDP-Fraktion stimmt der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung zu. Uns ist sehr wichtig – und wir erwarten dies vom Gemeinderat – dass er die Interessen der Gemeinde Köniz mit Nachdruck in den entsprechenden Gremien vertritt.

Neben dem Ausbau der S6 gilt es auch, eine Lösung auf der Buslinie 10 für die mittelfristigen Verkehrsbedürfnisse der Gemeinde Köniz konsequent und effizient umzusetzen. Es geht nicht primär darum, den Wünschen von BERNMOBOL gerecht zu werden. Wir brauchen eine vernünftige und effiziente Verkehrslösung auch mit den angrenzenden Gemeinden. Es muss jedoch nicht unbedingt – da nicht an die Gemeinde Köniz grenzend – die Gemeinde Ostermundigen sein.

Fraktionssprecher Ronald Sonderegger (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung zu.

Die Auftrennung der Buslinien 10 und 15 aufgrund der Sanierung des Eigerplatzes läuft gut. Die Trennung löst auch keine Paketbildungen von Menschen aus, die die Busse überfüllen. Für unsere Fraktion ist dies aktuell ein gangbarer Weg. Trotz der 1'000 Arbeitsplätze die im Raum Liebefeld durch den Bund geschaffen worden sind, ist die Buslinie 10 nicht gross überlastet, denn für die Anreise zum Arbeitsplatz wird vermehrt die S6 genützt.

Heinz Nacht (SVP): Auch wenn ich mit Hansueli Pestalozzi für einmal einig bin, trotzdem einige Worte: Ich hatte die Ehre, das Inselspital als Gast im Restaurant im obersten Stockwerk zu besuchen. Von der Terrasse aus sieht man genau auf die Welle im Bahnhof Bern und somit auch genau, wo die Möglichkeit für die Realisierung einer Unterführung im Bahnhof Bern möglich wäre. Ich hatte in meinem Leben stets Visionen und hoffe, dass die Gemeinderäte, die die Gemeinde Köniz im Grossrat und in den Gremien der RKBM vertreten, versuchen die Idee weiterzubringen, dass irgendeinmal eine Unterführung realisiert ist, wo man in Bern unterirdisch einsteigen kann und bis nach Köniz unterirdisch fahren kann. Bis dahin werden wir uns mit etwas Flickwerk leiden müssen.

Ruedi Lüthi (SP): Zu Heinz Nacht: Hansueli Pestalozzi spricht stets von der heutigen S-Bahnlinie nach Schwarzenburg. Heinz Nacht spricht jedoch von dem, dass aktuell geprüft wird: Von einem neuen Tunnel vom Inselspital direkt nach Köniz. Davon sprach man bereits anfangs der 2000er-Jahre und man war der Ansicht, dies nicht finanzieren zu können. Es ist zwar interessant, diese Möglichkeit nochmals zu prüfen. Aber die Prüfung einer Tramlinie ist ebenso wichtig.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich weise hier den Vorwurf, dass der Moloch RKBM nichts unternimmt, klar zurück. Ebenso den Vorwurf, dass wir uns im Kreis drehen, dass der Gemeinderat bisher zu wenig vorgenommen habe. Das kann so nicht festgehalten werden. Der Gemeinderat war in letzter Zeit alles andere als untätig. Jedem von uns ist klar, wie komplex der öffentliche Verkehr ist. Dieser hält nicht an der Gemeindegrenze, sondern er befährt die ganze Region. Die Gemeinde Köniz kann ihre Anliegen bei der RKBM einbringen, das ist ge-

setzlich geregelt. Diese erstellt eine Studie. Besteller und Bezahler des öffentlichen Verkehrs ist jedoch der Kanton Bern.

Der Gemeinderat löste bereits 2015 – nach der Ablehnung der Tramlinie 10 nach Köniz 2014 durch die Stimmbevölkerung – die Studie bei der RKBM aus und hat sich mit Nachdruck eingesetzt, dass diese Studie realisiert wird. Die Lösung mit einer Entlastung der Buslinie 10 durch Busse, die nur bis zum Schloss Köniz verkehren, ist bereits im Angebotskonzept 2018 enthalten. Das ist, was die Planung im öffentlichen Verkehr betrifft, eine sehr schnelle Reaktion.

Die zweite Studie, eine Möglichkeit für die Erschliessung von Bern Süd, bzw. Köniz zu prüfen, wurde durch uns ausgelöst³. In einer zweiten Studie wird es um den Zeitraum mittelfristig, langfristig gehen. Die Buslinie 10 und die Bahnlinie S6 sind in dieser Studie prioritär. Es werden auch Varianten entwickelt und bisherige Lösungsansätze im Licht der aktuellen Siedlungsentwicklung neu beurteilt. Es werden auch neue Systeme angeschaut. Neue Systeme müssen jedoch zuerst geprüft werden, man kann nicht einfach etwas übernehmen, das neu auf dem Markt ist. BERNMOBIL prüft auf der Buslinie 17 Elektrobusse. Das kann BERNMOBIL jedoch nicht aus eigenem Antrieb vornehmen, sondern der Kanton muss sein ok dazu geben, denn er finanziert. BERNMOBIL sagt nicht, was im öV geht, das übernimmt der Kanton. BERNMOBIL kann die Anliegen einbringen.

Parallel zu dieser zweiten Studie ist eine Potenzialstudie zur Haltestelle in der Waldegg auf der S6-Linie in Erarbeitung. Ergebnisse werden im Spätherbst erwartet. Kurzfristig ist die Angebotsverdichtung der Buslinie 10 lanciert worden. Mit Fuss-Velo-Köniz versucht die Gemeinde, den Langsamverkehrsanteil zu steigern und die Anteile des Mehrverkehrs auf der Hauptachse auf diese Verkehrsarten zu verlegen. Der Gemeinderat arbeitet somit auf allen Ebenen, dass etwas passiert. TRB wurde während 8 Jahren geplant und so schnell konnte keine neue Lösung aus der Tasche gezaubert werden.

Wichtig ist mir auch Folgendes: Die Federführung der Überwerfung Holligen auf der Bahnlinie S6 liegt nicht in den Händen der Gemeinde Köniz, sondern bei Kanton und Bund. Der Viertelstundentakt auf der S6 wird erst nach der Realisierung der Überwerfung möglich sein. Eine Task Force des Kantons arbeitet daran, dass diese bis 2030 realisiert ist. Zurzeit laufen auf Kantonsebene so viele Projekte, dass die Überwerfung Holligen Verzögerungen hinnehmen muss und 2025 noch nicht realisiert sein wird.

Zur Trennung der Buslinie 10: Auch diese wird geprüft. Diese Trennung wird vermutlich so oder so kommen, da Ostermundigen auf eine Tramlinie setzt. Es bestünde noch die Möglichkeit, die Buslinie 10 mit einer anderen Linie zu verknüpfen. An all diesen Themen ist der Gemeinderat an der Arbeit. Es kann hier somit nicht festgestellt werden, dass der Gemeinderat nichts mache. Zu sagen, der Gemeinderat habe im Grossen Rat einen Vorstoss eingereicht und nicht bemerkt, dass dies nicht in seiner Kompetenz sei: Auch das ist Lobbying, ist Druck auf den Kanton ausüben. Es kann hier nicht gesagt werden, dass man das falsche Mittel ergriffen habe.

Ich bin einmal mehr erstaunt über die Diskussionen über den öffentlichen Verkehr. Alles braucht seine Zeit und der Gemeinderat tut alles was ihm möglich ist. Die Gemeinde Köniz ist jedoch weder Besteller noch Bezahler. Die Metro Nord-Süd ist eine gute Lösung und würde der Gemeinde Köniz einiges bringen; aber eine solche Lösung wird nicht vor 2035 oder 2040 realisiert sein. Die Lösung wird zudem sehr teuer sein, auch wenn nun der RBS-Bahnhof bereits realisiert wird. Die Metro löst jedoch nur einen Teil des Problems, die ganze Feinverteilung wird damit nicht gelöst.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

10. 1618 Motion (ParlamentarierInnen Schliern) "Zentrumsplanung Schliern - ganzheitlich!"

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Das Wort Schuldenabbau ist heute Abend mehrmals gefallen. Manchmal findet dieser effektiv statt. Hier hat der Gemeinderat eine Schuld abgebaut. Der Vorstoss wurde am 30. Juni 2016 eingereicht und nun liegt uns fast ein Jahr später eine erste Antwort auf dem Tisch vor.

³ An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung gemacht.

Die Motion verlangt eine Planung rund um das Zentrum von Schliern. Das will der Gemeinderat vornehmen: Er beantragt die Annahme der Motion. Das ist sehr erfreulich. Erfreulich ist auch, dass diese Planung rasch gestartet werden soll.

Für die SP-Fraktion bleibt aber doch eine Frage offen: Die Motion fordert eine ganzheitliche Planung und mir scheint, dass der Plan für die Planung noch nicht ganzheitlich ist. Einerseits wurde offenbar entschieden, das alte Schulhaus Schliern zu sanieren. Die Erklärungen dazu fehlen mir jedoch in der Antwort des Gemeinderats. Weshalb nun doch kein VOI-Laden realisiert werden soll, ist für mich ist nicht ganz nachvollziehbar, denn einmal heisst es VOI ja, das andere Mal VOI nein. Ich persönlich finde es sehr wichtig, dass genau der Entscheid, weshalb das alte Schulhaus Schliern saniert werden soll, gut dokumentiert ist. Wir sprechen immerhin über einen Betrag von 2,5 Millionen Franken. Für die Fällung dieses Entscheids scheint es mir wichtig, dass wir nachvollziehen können, weshalb wir damals zugestimmt haben.

Für die Gestaltung des Platzes wurden die Pläne von 2013 wieder hervorgenommen. Diese Pläne sind gut, sie müssen jedoch dringend überarbeitet und mit allen Involvierten besprochen werden. In der Antwort des Gemeinderats ist der Verweis vorhanden, dass diese Pläne anlässlich einer HV des Ortsvereins Schliern vorgestellt worden sind. Mir scheint aber, dass dies nicht genügt, sondern man sollte mit weiteren Parteien – Verkehrsplaner, zukünftige Nutzer, heutige Eigentümer – das Gespräch suchen. Seit 2013 ist in Schliern wieder einiges passiert. So besteht unter dem Café Zentrum eine Arztpraxis und deren gute Erschliessung ist wichtig.

Zusammenfassend: Die Planung ist gut, sie muss jedoch in einen grösseren Zusammenhang gesetzt werden, weil sonst das Zentrum von Schliern das bleibt was es heute ist: Ein Flickwerk. Und das – so denke ich – verdienen die doch gut 4'000 Schliernerinnen und Schlierner nicht.

Die SP-Fraktion unterstützt die Annahme der Motion der SP-Fraktion, nicht jedoch ohne ein kleines aber.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP): Zuerst dankt die FDP-Fraktion dem Gemeinderat, dass der Handlungsbedarf in Bezug auf die Zentrumsplanung von Schliern unumstritten ist und dass die Planung rasch ausgelöst werden soll. Hingegen fehlt uns, wie bereits von Annemarie Berlinger-Staub festgehalten, das Ganzheitliche.

Der FDP-Fraktion ist im Übrigen nicht ganz klar, ob nun eine Renovation und Umgestaltung im Sinn der Motion abläuft. Im Vorstosstext kann nachgelesen werden, wie die Motionärinnen und Motionäre dies gerne hätten. Hingegen ist höchst erfreulich, dass die Gesamtanierung des alten Schulhauses Schliern, die knapp 2,5 Millionen Franken kosten wird, jetzt beschlossene Sache ist. Der Antwort des Gemeinderats können wir nicht klar entnehmen, was zum Gesinungswandel geführt hat; wir freuen uns einfach darüber.

Für die FDP-Fraktion ist nach wie vor wichtig, dass eine Verknüpfung zwischen dem alten Schulhaus Schliern und dem Zentrumsplatz vorgenommen wird. Deshalb ist im Motionstext erwähnt: Wenn immer möglich, soll eine ganzheitliche Planung angestrebt werden. In den Unterlagen ist das Jahr 2013 aufgeführt. Das Vorprojekt mit Kostenschätzungen basiert aus diesem Jahr. Damals fand der Kickoff zur Planung statt. Die Zahlen und das Modell datieren von 2015. Der Gemeinderat hält fest, dass die Bestvariante mit den umliegenden Grundeigentümern, den Vertretern des Ortsvereins Schliern und dem Runden Tisch ermittelt worden ist. Auch die Vorstellung des Projekts anlässlich der HV wurde genannt. Ich habe zweimal an einer HV des OV Schliern teilgenommen, habe die Planung jedoch nie gesehen. Deshalb könnte aus unserer Sicht eine erneute Auflage vorgenommen werden. Es wäre zu begrüssen, wenn die aktualisierten Pläne und die momentan vorliegenden Daten mit den involvierten Stellen und Institutionen nochmals besprochen und einem weiteren Kreis bekannt und zugänglich gemacht werden. Nur so kann die allumfassende, befriedigende Lösung gefunden und getroffen werden. Nichtsdestotrotz wird die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung der Motion zustimmen.

Fraktionssprecher Bernhard Zaugg (Mitte-Fraktion): Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort und für seinen Antrag auf Erheblicherklärung der Motion.

Schliern ist eine Schlafdorf vor der Hauptstadt Bern. Es gibt noch ganz wenige Zeugen des alten Weilers Schliern: Das alte Schulhaus. Vielleicht das Stöckli bei der Bushaltestelle und das Murrihuus. Viele wissen es nicht mehr so genau: In Schliern waren bis vor noch nicht allzu langer Zeit eine Bank, eine Post, ein Blumenladen, eine Drogerie und bis vor kurzem noch der Tierarzt – jetzt ein Ärztezentrum – ansässig.

Die Mitte-Fraktion freut sich, dass hier nun etwas geht. Ich betone Folgendes: In Schliern sind seit neuestem einige aktive Kräfte am Wirken und das spürt man. Ich bitte doch, diese aktiven Kräfte miteinzubeziehen, das ist vor allem der Ortsverein. Im Ortsverein Schliern sind Personen am Ruder, die sich engagieren wollen.

Dies damit im Zentrum von Schliern, das wirklich Kosmetik nötig hat – vom Entsorgungshof bis zum Schliern Träff - etwas Neues und Schönes gestaltet werden kann.

Zu den Plänen, die man wieder aus der Schublade gezogen habe, wie vorhin in einigen Voten gesagt worden ist: Es wäre schön, wenn diese neu überarbeitet werden, weil ich sonst Angst habe, dass sonst einfach etwas realisiert wird.

Die Mitte-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung der Motion zustimmen.

Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne): Beim einzigen Gast, der uns heute besucht, handelt es sich um Mireille Grädel, die Präsidentin des Ortsvereins Schliern.

Auch die Fraktion der Grünen ist erfreut über die Resonanz, die der Vorstoss beim Gemeinderat gefunden hat und wir sind auch erfreut darüber, dass der Gemeinderat die Auffassung vollumfänglich teilt, dass das Zentrum seinen vielfältigen Anforderungen nicht mehr gerecht wird und eine umfassende Auffrischung geplant ist. Wir begrüßen auch die zügige Anhandnahme des Projekts; es soll bereits nach den Sommerferien losgehen. Ziel des Projekts ist, dass Schliern ein identitätsstiftendes, lebendiges Zentrum für eine vielfältige Nutzung gemäss den Bedürfnissen der Schlierner Bevölkerung erhält. Einen Platz, auf dem sich Menschen gerne aufhalten. Heute ist dem nicht so, man will möglichst schnell wieder vom Platz. Höchstens die kleine Eisenbahn sorgt für etwas Lebendigkeit.

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits alles gesagt, was auch der Fraktion der Grünen aufgefallen ist. Auch wir betonen und geben dem Gemeinderat mit, dass er sich bei der Anhandnahme nochmals mit der engagierten Bevölkerungskreisen zusammensetzt und das Projekt nochmals vorstellt und auch ein Feedback abholt, damit auch die neuesten Entwicklungen – Arztpraxis – miteinbezogen werden können. Im Vorstoss ist betont, dass es um eine ganzheitliche Betrachtung geht und nicht ein Stückwerk entstehen soll. Wir freuen uns sehr auf das Projekt.

Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP): Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass jeder Ortsteil der Gemeinde Köniz über einen öffentlichen Raum verfügen sollte, wo sich die Bevölkerung treffen kann.

Ich habe eine starke Beziehung zum alten Schulhaus Schliern. Ich war im Elternclub Schliern und wir hielten unsere Sitzungen dort ab, die Spielgruppe war dort eingemietet, die Musikschule hatte Räumlichkeiten, wie auch der Jugendtreff. Das Haus war voller Leben und für mich selber war es hart zu sehen, wie das Haus langsam stirbt. Ich hatte immer etwas Mühe damit, dass der Brand vorgeschoben worden ist, um sagen zu können, das Haus sei nicht mehr bewohnbar. Es ist halt nicht mehr so wie früher: Die Einkäufe werden vermehrt in Köniz oder in Bern getätigt, das Leben ist anders. Ich danke an dieser Stelle der Präsidentin des Ortsvereins Schliern, dass sie versucht, Schliern wieder zu beleben. Der Ortsverein war quasi am Verschwinden, wie auch der Elternclub. Es braucht Personen, die helfen Gas zu geben und vielleicht wird das alte Schulhaus Schliern wieder zum Leben erweckt.

Heute wurde oft gesagt, dass die Gefahr besteht, dass für 2,5 Millionen Franken etwas realisiert wird, das von niemandem besucht wird. Deshalb muss intensiv mit allen Betroffenen das Gespräch gesucht werden. Es ist jedoch ebenso wichtig, dass man die Wirte der Restaurants miteinbezieht, damit ein Konzept realisiert werden kann, das von allen akzeptiert ist. Ich bin der Ansicht, dass die alten Pläne für die Umgestaltung des Platzes – deren Umsetzung ein Heiden geld gekostet hätte – dem Wohl der Bevölkerung von Schliern nichts gebracht hätten. Ich bin froh, ist daraus nichts geworden und dass nun eine Gesamtplanung erarbeitet wird, damit etwas Schönes für Schliern entstehen kann.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Als Nichtschlierner melde ich mich im Namen der BDP-Fraktion zu Wort.

Für uns ist wichtig, dass in jedem Ortsteil und Quartier der Gemeinde Köniz das öffentliche Leben einen Platz hat, das dort auch gelebt werden kann. Die Situation in Schliern ist ungenügend und Handlungsbedarf ist eindeutig angesagt. In Anbetracht der angespannten finanziellen Situation der Gemeinde Köniz erwarten wir ein klar gezieltes und den heutigen Anforderungen entsprechendes Konzept.

Wir unterstützen dieses Projekt und stimmen der vom Gemeinderat beantragten Erheblicherklärung der Motion zu.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Zuerst danke ich für die gute Aufnahme der Idee, die wir aufgrund der Motion erarbeiten durften. Die Motion hat offene Türen eingearannt.

Zu Annemarie Berlinger-Staub, die wissen wollte, weshalb die Idee VOI-Laden nicht mehr aktuell ist: Anlässlich von Gesprächen mit der Migros musste festgestellt werden, dass im bestehenden Gebäude kein VOI-Laden realisiert werden kann. Das hätte einen Neubau bedingt. Wir haben die planerischen Grundlagen geprüft und festgestellt, dass in der privatrechtlichen Überbauungsordnung keine Verkaufsfläche vorgesehen ist. Das heisst mit anderen Worten: Alle 18 Eigentümerschaften im Perimeter der Überbauungsordnung hätten einer entsprechenden Änderung zustimmen müssen, damit ein VOI-Laden hätte realisiert werden können. Ein solcher Prozess braucht extrem viel Zeit und die Chance, dass die Eigentümerschaft, welche ihre Räumlichkeiten an Coop vermietet, der Änderung zugestimmt hätte, sind wahrscheinlich nicht sehr hoch. Daraufhin sind wir zum Schluss gelangt, dass – auch wenn dies zur Belebung des Zentrums wünschbar wäre – dies nicht der vernünftig gangbare Weg ist. Zudem haben wir festgestellt, dass in Schliern tatsächlich ein Bedürfnis nach einem öffentlichen Haus besteht. Der immer noch im alten Schulhaus eingemietete Jugendtreff ist nach wie vor etabliert. Es besteht Raumbedarf für die Tagesschule und auch Raumbedarf für die verschiedenen Vereine. All das könnte dort realisiert werden. Wir sind zum Schluss gelangt, dass das alte Schulhaus Schliern erhalten bleiben soll, nicht zuletzt im Licht dessen was Bernhard Zaugg äusserte: Es ist eines der letzten Gebäude, das noch vom alten Schliern zeugt. Dazu gehören noch das Murrihuus und die Metzgerei Hort.

Die gesamtheitliche Planung umfasst die Platzgestaltung, die bereits verschiedentlich vorgestellt worden ist, erweitert um den Bereich der tatsächlich nicht sehr ansehnlichen – aber heute unumgänglichen – Entsorgungsstelle. Das kann nun zusammen mit der Sanierung des alten Schulhauses in die Gesamtplanung aufgenommen werden.

Ich bin froh, dass die Motion – wie aufgrund der gehaltenen Voten deutlich zu spüren ist – erheblich erklärt wird. Im Herbst wird das Projekt an die Hand genommen und die Projektorganisation aufgegleist. Der Ortsverein Schliern, die Bevölkerung und Parlament werden, soweit dass dies vernünftig machbar ist, in den Prozess einbezogen.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. 1705 Interpellation (Mitte-Fraktion) "Integration von Flüchtlingen in der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die beantragte Diskussion gewährt.

Katja Niederhauser-Streiff (EVP): Die Antwort des Gemeinderats ist ausführlich, sogar erfreulich. Er hat sich die Zeit genommen, sich mit diesem wichtigen Thema vertieft auseinanderzusetzen. Die Antwort ist nicht nur eine Antwort, sondern beinhaltet viele Zusatzinformationen und entspricht daher einem Grundlagenpapier zum allgemeinen Verständnis über die Asylpolitik. Deshalb nehme ich positiv Kenntnis von diesem Bericht.

Dass aktuell keine weiteren Massnahmen von der Gemeinde Köniz ergriffen werden, ist in meinen Augen nachvollziehbar und realistisch. Zurzeit ist das Asylwesen in einem grossen Umbruch und dadurch besteht die Gefahr der Schaffung von Parallelstrukturen, was unbedingt vermieden werden sollte.

Auf einen Punkt muss ich kurz eingehen: In der Antwort des Gemeinderats auf die Frage, ob Frauen mit Kindern bei der Integration in den Arbeitsprozess gefördert werden, zählt der Gemeinderat stolz das MUKI-Deutsch, sowie Nähkurse auf. Na ja, als berufstätige Mutter muss ich hier festhalten, dass ich mir unter Arbeitsintegration etwas anderes vorstelle als MUKI-Deutsch. Nähkurse sind als Instrument zur sozialen Integration unglaublich wichtig; das ist keine Frage. Aber da es hier um Integration am Arbeitsplatz geht, würde wohl besser nichts als diese Aufzählung festgehalten sein, denn ich bin mir nicht sicher, wie viele Nähateliers es in der Gemeinde Köniz gibt, die den betreffenden Frauen schlussendlich einen Arbeitsplatz als Näherin zur Verfügung stellen können.

Gerne gehe ich auf die Freiwilligengruppen der Gemeinde Köniz ein, wie beispielsweise der Verein „Offenes Scherli“:

Der Gemeinderat hat aufgezeigt, wie wichtig die Arbeit dieser Vereine ist. Ein solches Engagement ist nicht selbstverständlich und deshalb ist es umso wichtiger, dass solche Angebote gefördert werden und erhalten bleiben. Ich bin froh, sieht dies der Gemeinderat auch so. Auch wenn die Zukunft in Niederscherli ungewiss ist, braucht es diese Menschen. Deshalb danke ich diesen Menschen, die sich mit viel Zeit, Energie und Herzblut für solche Projekte einsetzen. Dank auch an den Gemeinderat für den umfangreichen Bericht. Ich schaue gespannt der Zukunft und den Entwicklungen im Bereich der Integration von Flüchtlingen in der Gemeinde Köniz entgegen.

Fraktionssprecherin Elena Ackermann (Grüne): Die Fraktion der Grünen dankt der Mitte-Fraktion für die Fragen und dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Die gestellten Fragen sind wichtig und zugleich kompliziert und betreffen ein komplexes Themengebiet mit vielen Akteurinnen und Akteuren und Zuständigkeiten.

Ich kann mich dem positiven Feedback meiner Vorrednerin leider nicht ganz anschliessen. Aus unserer Sicht wäre eine vertiefende Studie nötig, die aber den Rahmen der Interpellationsantwort sprengen würde. Es erstaunt uns deshalb nicht, dass einige Antworten fast noch mehr Fragen aufwerfen, was wir bedauern. Die Fachstelle Integration organisiert und koordiniert eine Reihe von Angeboten, die wir richtig und wichtig finden. Für den Spracherwerb und die allgemeine Integration sind solche Angebote wesentlich und sie dienen auch vorbereitend für die Arbeitsintegration, die hier im Fokus der Fragen steht. Von vielfältigen Massnahmen zu sprechen, scheint uns jedoch etwas hochgegriffen. Gemäss Angaben auf Seite 7 sind es fünf Angebote plus die Minijobs, wovon ein Angebot von Freiwilligen durchgeführt wird. Leider erfahren wir hier keine relevanten weiteren Angaben zu diesen Angeboten. Wie wird der Bedarf ermittelt? Wer geht in den Nähkurs und wer in den Velofahrkurs? Gehen nur Frauen nähen und nur Männer velofahren? Wie viele Menschen werden beispielsweise mit Nähkursen überhaupt erreicht? Wie viele machen Minijobs? Für mich fast die wichtigste Frage: Wie erfahren die Menschen, die häufig nicht gut Deutsch sprechen, überhaupt von diesen Angeboten?

Wir bedauern, dass der Bericht nicht mehr qualitative Informationen über den Ist-Zustand hergibt. Weiter wird auf Seite 7 in der Fussnote ein generelles Freiwilligennetz für Sozialhilfebeziehende erwähnt und als erstrebenswert bezeichnet. Inwieweit strebt unsere Gemeinde das Netz an oder plant es zu realisieren? An mehreren Stellen wird in der Interpellationsantwort die Zuständigkeit von der Gemeinde weggewiesen und erklärt, dass kein expliziter Auftrag besteht. Gleichzeitig wird mehrmals das Freiwilligenengagement, das wir sehr begrüssen, aufgeführt, um die Fragen zu beantworten.

Wir werden deshalb den Eindruck nicht ganz los, dass einiges mehr geleistet werden könnte. Der Gemeinderat versteckt sich jedoch etwas hinter dem komplizierten Verbund von zuständigen Stellen und verwaltet die Situation vorderhand. Das bedauern wir sehr. Der Blick über die Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinaus zeigt sehr rasch, dass vieles anders angegangen werden könnte, so z. B. Job-Coaches oder die Vernetzung mit Arbeitgebenden über die Berufsverbände. 2014 zeigte eine Studie auf, dass im Kanton Bern die komplizierten Strukturen eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten ins Berufsleben verhindern. Von den beobachteten Personen sind im Kanton Bern in zwei Jahren gerade einmal 26 Prozent ins Arbeitsleben integriert worden, in anderen Kanton beträgt der Anteil bis zu 50 Prozent. Es stellt sich die Frage, ob sich hier etwas geändert hat oder ob unsere Gemeinde hier das Defizit ausgleichen könnte. Der gestrige Abstimmungssonntag zeigt uns auf, dass die Könizer Stimmbevölkerung sensibilisiert und bereit ist, zu investieren. 56,4 Prozent der Stimmbevölkerung haben dem Kredit für die Asylsozialhilfe zugestimmt. Vielleicht können und müssen wir die Abstimmung auch als Auftrag sehen.

Fraktionssprecher Werner Thut (SP): Vieles ist bereits von Elena Ackermann erwähnt worden, dem ich mich weitgehend anschliessen kann. Auch die SP-Fraktion schätzt diesen Bericht als umfangreiches und nützliches Dokument. Zum Lesen ist er etwas kompliziert und langfädig, aber sehr gut, um sich eine eigene Meinung bilden zu können.

Eine der zentralsten Aussagen im Bericht ist für uns, dass auch 10 Jahre nach der Einreise in die Schweiz weniger als die Hälfte der anerkannten Flüchtlinge berufstätig sind und bei den vorläufig Aufgenommenen liegt die Erwerbsquote sogar bei nur 25 Prozent. Auch wenn der Bericht nicht näher auf die Situation in der Gemeinde Köniz eingeht, scheint es in unserer Gemeinde nicht grundlegend anders zu sein. Von den 450 bis 500 Personen mit dem Status Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge, sind wahrscheinlich nicht sehr viel mehr Personen in den Arbeitsmarkt integriert als schweizweit. Das ist eine ziemlich dramatische Situation.

Für die SP-Fraktion heisst dies im Wesentlichen, dass die Politik und der Arbeitsmarkt nicht in der Lage sind, diesen Menschen eine würdige berufliche, familiäre und persönliche Perspektive zu geben. Stellen wir uns vor, wie wir uns nach 10 Jahren ohne Arbeit fühlen würden. Dies notabene zu einem hohen finanziellen Preis. Auch die SP-Fraktion nimmt besorgt zur Kenntnis, dass jedes Dossier 25'000 Franken kostet und dass in der Gemeinde Köniz 2016 mit Ausgaben bis zu 450'000 Franken gerechnet werden muss; Tendenz steigend.

Es geht uns nicht darum, hier zu lamentieren, zu dramatisieren oder gar das Schwarz-Peter-Spiel zu spielen; nicht zuletzt deshalb weil der Gemeinderat zu Recht festgehalten hat, dass die Kompetenzen gemeindeseitig beschränkt sind. Erst nach fünf respektive sieben Jahren kann die Gemeinde im Integrationsbereich tatsächlich etwas tun, namentlich im Arbeitsmarkt. Gleichzeitig ist die SP-Fraktion der Ansicht, dass diesem menschlich, wirtschaftlich und finanzpolitisch unhaltbaren Zustand mit mehr Entschlossenheit und mehr Kreativität entgegen getreten werden soll, ähnlich wie vorhin Elena Ackermann erwähnte.

Simple und einfache Lösungen gibt es keine. 2018 werden auf Kantonsebene erste Weichen gestellt. Ob die Gemeinden einen Auftrag erhalten oder nicht, werden wir sehen. Bei aller Offenheit sind wir der Ansicht, dass nicht einfach die Hände in den Schooss gelegt werden sollen, sondern die Sache sollte entschlossen und kreativ angegangen werden. Hier könnte es vonseiten des Gemeinderats an der notwendigen Entschlossenheit etwas hapern. Wir haben das Gefühl, dass es einen Unterschied macht, ob einfach zugewartet wird, was vom Kanton serviert wird oder ob aktiv an dem mitgedacht werden soll, was auf Kantons- und Bundesebene passiert. Dafür setzt sich die SP-Fraktion ein. Dies vor allem darum: Wenn man genau liest, was der Gemeinderat in Bezug auf die berufliche Integration auf den 13 Seiten festhält, ist dies herzlich wenig. Er spricht von Minijobs, von 10 bis 14 Arbeitsstellen im Verein fractio und von gewissen Jobs im Bereich Temporärbüro NAK (Neue Arbeitsplätze Köniz) und das ist es. Das ist alles lobenswert, aber hier zu sagen, dass ein entschlossenes Engagement vorgenommen wird und die Gemeinde unternehme schon sehr vieles, ist das aus unserer Sicht etwas Beschönigend. Das – so denke ich – muss nicht sein.

Die Gemeinde Köniz sollte in diesem Bereich vermehrte Anstrengungen machen und den aktuellen Zustand nicht einfach hinnehmen wie schlechtes oder gutes Wetter. Denn so bezahlen wir in Zukunft einfach eine Rechnung, ohne uns Gedanken zu machen, wie die 450'000 Franken besser eingesetzt werden könnten. Hier sollte die Gemeinde versuchen, aktiver an die Sache zu gehen, obwohl die wichtigen Entscheide auf höherer Ebene gefällt werden.

Heinz Nacht (SVP): Ich bin einer jener Arbeitgeber, der versucht hie und da Personen über das NAK anzustellen. Dies für Arbeiten, die in meinen Augen von allen erledigt werden können, wenn man nur will. Ich hatte mehrere Personen angestellt, die nach einigen Tagen die Arbeit nicht mehr aufgenommen haben, weil sie der Ansicht waren, es sei zu streng. Es gibt viele, die gerne arbeiten, aber auch solche, die sich vielleicht hartes Arbeiten nicht gewohnt sind. Ich habe das Gefühl, kein böser Chef zu sein. Zu Werner Thut: Es gibt die Praxis und die Theorie. Ich gebe mir Mühe, aber wenn man nicht will, will man nicht.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Ich danke den Votanten und Votantinnen für die doch gute Aufnahme der Antwort der Interpellation. Es ist nicht Standard, jede Interpellation so ausführlich zu beantworten. Wir waren hier jedoch der Ansicht, dass das Thema – schon nur aufgrund der Begrifflichkeiten und Zuständigkeiten – so komplex ist, dass es sich lohnt, Gewisses zu klären. Ich kann feststellen, dass dies einigermaßen gelungen ist.

Zu Werner Thut: Ich danke ihm für die Feststellung, dass es keine einfachen Lösungen für komplexe Probleme gibt.

Zu Heinz Nacht: Ich danke ihm, stellvertretend für das ganze Gewerbe: Es ist klar dass hier nur mit Gemeindeprogrammen, Nähateliers und Velofahrkursen, keine langfristigen Lösungen gefunden werden. Wir werden darauf angewiesen sein, dass Gewerbler wie Heinz Nacht offen sind, Versuche zu wagen. Manchmal funktioniert es, manchmal halt nicht. Eine Klärung: Das NAK hat nicht die Zielgruppe der Flüchtlinge, sondern dort sind Sozialhilfeempfangende gemeldet, die man versucht temporär zu vermitteln.

Zu Elena Ackermann: Der Gemeinderat versteckt sich nicht hinter den kantonalen Zuständigkeiten, es ist Tatsache, dass der gesetzliche Auftrag der Gemeinde an einem sehr kleinen Ort ist, bis die Personen nach fünf bis sieben Jahren auf den Sozialdiensten landen. Dass dies unbefriedigend ist, ist inzwischen doch schon in Bundesbern, im Parlament angelangt. Ich hoffe, dass ein Paradigmenwechsel stattfinden wird, damit man nicht das Gefühl hat, die Personen kommen nicht, wenn sie hier nicht arbeiten dürfen. Viele die kommen, wollen arbeiten. Jene mit Bleibensperspektiven sollten arbeiten können.

Wenn das neue Asylrecht dereinst wirklich Wirkung erzielen wird, kommen nur noch jene Personen in die Gemeinden, die eine hohe Wahrscheinlichkeit für ein dauerndes Bleiberecht haben. Dann muss umso mehr etwas getan werden.

Einige Zahlen: Das Angebot Minijobs wird mit 10 bis 15 Stellenprozenten betrieben, d. h. etwas mehr als ein halber Tag/Woche. Es handelt sich somit um minimalste Ressourcen. Der zuständige Mitarbeitende der Fachstelle Integration, der sich um Flüchtlingsfragen im engeren Sinn kümmert, hat in seinem Stellenplan dafür 5 Prozent vorgesehen. Das allgemeine Klima, vor allem im November, wenn die Budgetherbststürme eintreffen, spricht nicht dafür, zusätzliche Stellen zu schaffen. Das ist eine finanzklimatische Könizer Tatsache.

Zu Katja Niederhauser-Streiff: Ja, die Nähkurse werden angeboten und es wäre schön, könnten mehr angeboten werden. Es handelt sich jedoch um ein niederschwelliges Angebot. Ich stimme ihr hier zu, dass diese Angebote nicht prädestiniert dafür sind, im Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden. Es gibt aber auch andere Ideen: in Mittelhäusern schliesst der einzige Lebensmittelladen und auch in Niederscherli gibt es ausser dem Coop und der Bäckerei keine Läden mehr. In Mittelhäusern ist die Idee entstanden, den Laden in Form eines Integrationsprojekts weiterzuführen, Stichwort Integration im Detailhandel, wo niederschwellige Stellen angeboten werden. Man hat nun Kontakt mit der Heilsarmee aufgenommen. Aber: Die Gemeinde Köniz kann dies nicht selber angehen, die Beschäftigungsprogrammplätze sind bei jenen, die die Flüchtlinge betreuen, d. h. im Könizer Fall bei der Heilsarmee.

Mein Schlusswort: Ich danke beiden Vereinen offenes Scherli und Ziegler Freiwillige für ihre grosse Arbeit. Im Ziegler ist klar wie es weitergeht: Es geht zu Ende, weil ein Bundeszentrum eingerichtet wird. Die Ziegler Freiwilligen wollen das Café noch weiterbetreiben. Allzu viel ist dort jedoch nicht mehr möglich. Freiwillige, die im Ziegler Deutsch unterrichten, haben mich kontaktiert und die Bereitschaft erklärt, Personen Deutsch beizubringen, die über ein Bleiberecht verfügen. Wie es in Niederscherli weitergeht, ist nicht ganz klar. Unterdessen befinden sich jedoch weniger als 30 Personen im Zentrum. Auch von dort weiss ich, dass der Vorstand sich damit beschäftigt, was in Zukunft geschehen soll. Wenn aus diesen beiden Vereinen einmal der Verein offenes Köniz entstehen könnte, wer weiss, vielleicht wäre dies ein kleiner Bereich, wo die Gemeinde Köniz in ihrer subsidiären Aufgabe gefordert sein könnte und nicht der Kanton zuständig ist. Das wäre vielleicht eine Situation, wo sich die Gemeinde Köniz engagieren könnte, etwas Freiwilliges zu schaffen. Die Zukunft wird es im Sommer oder im Herbst zeigen.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

12. Verschiedenes

Folgender Vorstoss wird neu eingereicht:

1712 Interpellation (SVP) „Laufende OPR und Mehrwertabschöpfung bei Aufzonungen“

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Die beantragte Dringlichkeit wurde vom Parlamentsbüro nicht gewährt.

Präsident Kommission OPR Beat Haari (FDP): Ich informiere Sie hier im Auftrag der nicht-ständigen Kommission OPR, wie sich der Gemeinderatsentscheid betreffend der Verschiebung der Volksabstimmung über die OPR in das Jahr 2018 auf die Arbeit der Kommission OPR inhaltlich und zeitlich auswirkt.

Zuerst inhaltlich: Die Kommission OPR hat sich in der vergangenen Woche über die Einsprachen und die eingereichte Petition der landwirtschaftlichen Grundeigentümer durch die zuständigen Fachabteilungen der Verwaltung informieren lassen. Das wurde vorgenommen, um sich einen Überblick über die Tragweite der Einsprachen verschaffen – die notabene zum Entscheid des Gemeinderats geführt haben – und so die Konsequenzen auf die Weiterführung der Kommissionarbeit abschätzen kann. Die Kommission OPR kam zum Schluss, dass nicht viel ändert, dass der Auftrag des Parlaments an die Kommission vom Januar 2017 nach wie vor Gültigkeit hat und sie ihre Arbeit entsprechend planmässig weiterführen muss. Anlässlich der vorgenannten Information hat die Verwaltung jedoch erwähnt, sie wäre über eine Stellungnahme oder allenfalls über eine Empfehlung der Kommission OPR zu den Einsprachen froh. Hier ist sich die Kommission OPR nicht ganz sicher, ob das überhaupt im vom Parlament erteilten Auftrag Platz hat. Der Auftrag lautet, ein vorbereitetes Geschäft zu prüfen und das wäre im vorliegenden Fall etwas anders.

Ich bin froh, wenn das Parlamentsbüro eine entsprechende Antwort geben könnte, ob weitere Abklärungen notwendig sind, oder ob es einen geänderten Auftrag des Parlaments benötigt. Von der Kommission OPR kann auf keinen Fall erwartet werden, dass sie Lösungsvorschläge zu einzelnen Einsprachen abgibt, das bleibt in der Verantwortung und in der Kompetenz des Gemeinderats.

Zum zeitlichen Ablauf: Die Kommission OPR hat ihre Arbeit in drei Phasen eingeteilt: In der Phase 1 – die bereits Vergangenheit ist – wurde die Kommission in die Thematik OPR eingeführt. In Phase 2 – in der man sich zurzeit befindet – ist sie daran, die einzelnen Elemente der OPR zu prüfen, zu diskutieren und allenfalls entsprechende Empfehlungen zuhanden des Gemeinderats abzugeben, wie auch eine erste Stellungnahme zur Abstimmungsbotschaft. In Phase 3 wird die fertige Parlamentsvorlage begutachtet und gewürdigt. Dort wird die Kommission OPR Abstimmungsempfehlungen zuhanden des Parlaments abgeben.

Phase 2 wird termingerecht Mitte Juni abgeschlossen und bis dahin ist der Fahrplan klar. Offen ist nun, wann Phase 3 stattfindet. Das hängt vom neuen Zeitplan der Verwaltung ab, der uns jedoch noch nicht bekannt ist.

Ein Hinweis im Auftrag der Kommission OPR: Es besteht die Möglichkeit, unter anderem kritische Fragen aus den Fraktionen via Fraktionsvertretung in die Kommission OPR einzugeben und prüfen zu lassen. Die Kommission OPR überlegt sich viel und stellt sich viele Fragen und es besteht die „Gefahr“, dass die Verwaltung Fragen doppelt erhält und parallel beantworten muss. Ich ermuntere Sie, vom vorhin angeführten Instrument Gebrauch zu machen. Die Kommission OPR würde sich freuen, denn schliesslich ist sie vom Parlament dafür eingesetzt worden, die OPR kritisch zu prüfen. Damit würde vielleicht auch der Verdachtsmoment Wahlkampf etwas relativiert.

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Das Parlamentsbüro wird anschliessend an die Sitzung die gestellten Fragen diskutieren.

Zum Thema OPR: Der Abstimmungstermin wurde durch den Gemeinderat auf 2018 verschoben, was Auswirkungen auf den Terminplan des Parlaments hat. Die angesetzte Sondersitzung zur OPR am 11. September 2017 findet nicht statt. Die ordentliche Parlamentssitzung findet am 18. September 2017 statt. Am 21. August 2017 findet die Parlamentssitzung nach den Sommerferien statt. Neu wird eine Folgesitzung am 28. August 2017 eingeplant, die dann hoffentlich nicht stattfinden muss. Als Folge dieser Terminverschiebungen verschieben sich die GPK- und Finanzkommissionssitzungen: Die Sitzung der Finanzkommission findet neu am 4. September 2017 statt, anstelle am 28. August 2017 und am 11. September 2017 findet die GPK-Sitzung statt, anstelle am 4. September 2017. Der neue Sitzungsplan wird auf der Website aufgeschaltet und Ihnen per E-Mail zugestellt.

Bernhard Lauper (SVP): Im Zusammenhang mit den Diskussionen zum IZE (Informationszentrum Eichholz) haben wir eine E-Mail erhalten, die in meinen Augen die eine zu viel war. Dies nachdem wir zuerst einen Brief erhalten haben, der in Bezug auf Inhalt und Umfang zum traktandierten Geschäft in meinen Augen bereits zu viel war. Die Beratung dauerte lange und schlussendlich wurde unter Namensaufruf abgestimmt. War der Namensaufruf nur dazu da, jenen die nein gestimmt haben, mit dem Brief den Waschlappen um die Ohren zu schlagen? Das ist in meinen Augen nicht richtig. Ich bitte, die politischen Instrumente dafür zu benützen. Bei mir hat die E-Mail von Herrn Dussex das Gegenteil von dem bewirkt, was eigentlich erwünscht war.

Parlamentspräsident Andreas Lanz: Das Parlamentsbüro hat Verlängerungen von Beantwortungsfristen, die der Gemeinderat beantragt hat, bewilligt: Die Motion 1702 „Autobahnüberbauung Wangental“ und 1703 Richtlinienmotion Mittefraktion „Eine Wohnbaustrategie für die Gemeinde Köniz“.

Eine Terminverschiebung: Aufgrund einer Sitzung mit dem Präsidenten des Stadtrats von Bern und dessen Sekretär findet das Treffen der Parlamente von Bern und Köniz anstatt am 26. Oktober 2017 neu am 24. Oktober 2017 im Gemeindehaus Köniz statt. Dies aufgrund eines qualifizierten Referenten, der am erstgenannten Termin nicht teilnehmen könnte.

Anmeldungen für den Vernetzungsanlass Agglomerationspolitik vom 16. August 2017 werden von der Fachstelle Parlament, durch Verena Remund, entgegengenommen. Die Einladungen sind Ihnen am 15.5.2017 per E-Mail zugestellt worden.

Ebenfalls am 16. August 2017 findet der Initialanlass „Resonanzgruppe Kernregion Bern“ statt. Neben dem Gemeindepräsidenten Ueli Studer ist eine Vertretung durch zwei Personen aus dem Parlament eingeladen. Ich werde zusammen mit Ruedi Lüthi daran teilnehmen. Ich habe Ruedi Lüthi als Erstunterzeichner des entsprechenden Vorstosses eingeladen.

Es geht um die Stärkung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit. Vorstösse in den Parlamenten fordern die Schaffung einer Resonanzgruppe innerhalb des Kernagglomerationsperimeters.

Ich danke für die angeregten Diskussionen und fürs Ausharren. Wir sehen uns am 26. Juni 2017 wieder.

Im Namen des Parlaments

Andreas Lanz
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament